Inhalt

2 Editorial

3 Zur Revolution in Ägypten / TEIL IV

6 Die USA wacht auf (Analyse zur Occupy-Bewegung)

9 Erklärung der ZSP-Warschau zu den Ereignissen rund um den Polnischen Unabhängigkeitstag

10 Der Fall nationalsozialistischer Untergrund

16 Dresden, Gedenken an Reichspogromnacht

17 Jetzt Pfändungsschutzkonten einrichten

18 Reflexionen aus einer beschädigten Utopie

22 IWW – Breite gewerkschaftliche Koordination

30 Anmerkungen zu „Jungle World – Reportage „ „Selbstorganisiert gegen die Krise“

31 Termine

32 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

Gǎidào 改道

einen anderen weg gehen

Zeitschrift der anarchistischen Föderation (FdA - IFA)

No 12
2011

Editorial

Hallo Menschen,

zum letzten mal in diesem Jahr erscheint die [改道] Gǎi Dào. Wir hoffen, euch hat dieses neue anarchistische Magazin bisher gut gefallen. Eigentlich wäre es nun an der Zeit einen Rückblick zu wagen. Wir wollen dies uns und euch aber lieber ersparen. Stattdessen werden wir im Januar ein paar Stimmen unserer Leserschaft zu einem Jahr [改道]Gǎi Dào veröffentlichen. Ihr seht also, auch 2012 geht es weiter. Wir werden weiterhin monatlich erscheinen und darüber hinaus prüfen wir die Möglichkeiten als Printversion mit Abonnements herauszukommen. Wenn ihr uns zu einem Jahr [改道] Gǎi Dào etwas schreiben oder schon mal ein Abo für das Jahr 2012 abschließen wollt, dann schreibt uns bitte an: *redaktion-gaidao@riseup.net*

Doch jetzt erst mal zu dieser Ausgabe:

Wir beschließen das Interview zur Revolution in Ägypten mit einer Betrachtung der ArbeiterInnen und Gewerkschaften. Aber das wird sicher nicht das letzte mal sein, dass wir darüber berichten, denn schließlich ist die Revolution noch lange nicht nicht vollendet und die ArbeiterInnen sind weiter sehr aktiv. Derweil könnt ihr euch u. a. auf egyptianspring.blogsport.de auf dem Laufenden halten.

Aus Dresden bekamen wir einen Artikel zum „Gedenken an (die) Reichspogromnacht“. Zum Themenblock Faschismus kommen in dieser Ausgabe dann noch die Erklärung der ZSP-Warschau zu den Ereignissen rund um den Polnischen Unabhängigkeitstag hinzu und ein erster Artikel zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Es steht zu befürchten, dass wir mit diesem hochaktuellem Artikel der Zeit hinterher sein werden. Beinahe täglich kommen neuen Informationen zum Komplex „NSU“, Polizei, Verfassungsschutz und Politik hinzu. Es bleibt die alte Forderung nach sofortiger Abschaffung aller Inlandsgeheimdienste und der politischen Polizei. Nicht zu vergessen: die Öffnung aller Akten, damit endlich das genaue Ausmaß der direkten und indirekten staatlichen Finanzierung faschistischer Gruppen, Parteien, Initiativen und Organisationen offenbar wird!

Mit einer Betrachtung der Occupy-Bewegung in den USA und einem Artikel zur IWW wollen wir euch Materialien zur Diskussion an die Hand geben, die von aktueller Bedeutung sind. In diese Kategorie, „Beiträge von aktueller Bedeutung“, gehören auch die Anmerkungen von Ralf Dreis zur Jungle-World-Reportage zu Griechenland. Insbesondere der IWW-Artikel hat das Potential Diskussionen zu provozieren, geht es doch um Strategien in Arbeitskämpfen, Bündnisfähigkeit, Sinn und Möglichkeiten von Doppelmitgliedschaften (in revolutionären Gewerkschaften wie den IWW und sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften), bezahlten FunktionärInnen und ähnlich brisanten Fragen!

Eure Redaktion >[改道] Gǎi Dào<

Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: *http://www.fda-ifa.org*
IFA: *http://www.i-f-a.org*

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: *afb@riseup.net*
http://www.afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: *info@anarchie-mannheim.de*
http://www.anarchie-mannheim.de.vu

Antinationale Offensive Saarbrücken
Kontakt: *antinationale@riseup.net*
http://www.antinationale.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: *linetdd@riseup.net*
http://www.libertaeres-netzwerk.info

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: *lb-hoch2@riseup.net*
http://lblb.pytalhost.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
karakok.wordpress.com/karakok-autonome
Kontakt: l*aydaran@immerda.ch*

Mannheim:
Solikonzert für die Anarchistische Gruppe Mannheim
Wann: 2. Dezember, 21:00 Uhr | **Wo**: JUZ „Friedrich Dürr“, Käthe-Kollwitz-Straße 2-4, 68169 Mannheim
Mehr Infos: *http://www.anarchie-mannheim.de/*
Kontakt: *info@anarchie-mannheim.de*

Solingen:
Vortrag und Diskussion „Kaputt durch Arbeit“
Wann: 3. Dezember, 18:30 Uhr | **Wo**: Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Mehr Infos: *www.alaid.de/PZ3.pdf*
Kontakt: *fausg@fau.org*

Wiesbaden:
Bundesweite Demonstration
gegen die Innenministerkonferenz
Wann: 3. Dezember | **Wo**: Wird noch bekannt gegeben
Mehr Infos: *http://imkwiesbaden.blogsport.de*
Kontakt: *imk_wi@riseup.net*

Bonn:
Sie reden vom Frieden. Sie führen Krieg.
Proteste gegen die „Petersberg II“ Konferenz
Wann: 3.-5. Dezember | **Wo**: Bonn
Mehr Infos: *http://www.afghanistanprotest.de*
Kontakt: *info@afghanistanprotest.de*

St.Ingbert:
Feierabend – die libertäre Solikneipe
Wann: 9. Dezember, 20:00 Uhr | **Wo**: JUZ St.Ingbert, Pfarrgasse 49, 66386 St.Ingbert
Mehr Infos: *www.antinationale.org*
Kontakt: *antinationale@riseup.net*

Saarbrücken:
Vortrag und Diskussion „Anarchisten als Pädagogen“
Wann: 10. Dezember, 18:00 Uhr | **Wo**: N.N. Nauwieser Neunzehn, Nauwieserstr. 19, 66111 Saarbrücken
Mehr Infos: *www.antinationale.org*
Kontakt: *antinationale@riseup.net*

Freiburg:
Soliparty für die Anarchistische Gruppe Freiburg
Wann: 10. Dezember, 22:00 Uhr | **Wo**: KTS, Basler Straße 103, 79100 Freiburg
Mehr Infos: *www.ag-freiburg.org*
Kontakt: *info@ag-freiburg.org*

München: **Demonstration**
„Police partout, justice nulle part! - Gegen Staat und Repression! Im Gedenken an Alexis und alle vom Staat Ermordeten!“
Wann: 10. Dezember, 17:30 Uhr | **Wo**: Goetheplatz, München
Mehr Infos: *http://eaam.blogsport.de*

Bundesweit / Hamburg:
„Access all Areas“ -
Aktionstag für den Erhalt der Roten Flora, gegen Gentrifizierung und kapitalistische Stadtentwicklung
Wann: 17. Dezember | **Wo**: Überall
Mehr Infos: *http://florableibt.blogsport.de*
Kontakt: *flora-bleibt@nadir.org*

Zur Revolution in Ägypten / TEIL IV Geschlecht, Klasse, Arbeiter, Gewerkschaften und Revolution

Im letzten Teil des Interviews äußert sich Jano Charbel, der als Journalist über Arbeitskämpfe berichtet und sich als Anarchosyndikalist versteht, über den Charakter der Revolution in Ägypten, die jüngere Geschichte der Arbeiterkämpfe, die Rolle der Gewerkschaften und die Perspektiven der Kämpfe. Das Interview wurde von zwei Freunden der klassenlosen Gesellschaft im Frühjahr 2011 in Kairo geführt.

FKG: *Rechnest du damit, dass die Streiks zunehmen, jetzt da das alte repressive Regime weg ist?*

JC: Ich rechne mit einer Verbreiterung der Klassenkämpfe in der nahen und hoffentlich auch der ferneren Zukunft, aber gleichzeitig müssen wir auch den obersten Militärrat im Auge behalten, der die Konterrevolution schützt. Er hat kürzlich ein Dekret erlassen, das streikenden Arbeitern mit Haftstrafen und Geldstrafen bis zu einer halben Million Pfund (über 83.000 $) droht. Das Militär hat ein persönliches Interesse an der Erhaltung des alten Regimes.

Tantawi, der Chef der Militärjunta, wurde 1991 ernannt, er war 20 Jahre lang Verteidigungsminister unter Mubarak. Das erklärt vielleicht auch, warum Zivilisten, zum Beispiel Aktivisten, Demonstranten und streikende Arbeiter, verhaftet und von Militärgerichten verurteilt werden, ohne Berufungsrecht; meisten werden sie dabei auch gefoltert. Währenddessen werden Minister und Mitglieder des alten Regimes vor zivile Gerichte gestellt, wenn überhaupt. Und das, während Tantawi und sein Militärrat Mubarak in seinem Urlaub in Ruhe lassen, beziehungsweise in einem Luxuskrankenhaus in Scharm El-Scheich. Es gibt jetzt eine intensive Propaganda gegen Streiks. Aber nach meinem Eindruck sagen die Arbeiter den Regierungs- und Militärherrschern, dass sie sich ficken sollen. Eine beliebte Parole lautet: »Stellt nicht die Arbeiter vor Gericht, stellt Mubarak vor Gericht!«

Das Problem ist natürlich nicht nur Mubarak. Es sind noch Tausende kleiner Mubaraks an der Macht. Zum Beispiel protestieren Studenten gegen die alten staatlich ernannten Dekane, die noch im Amt sind. Das Hauptquartier der NDP wurde niedergebrannt und die korrupte Partei aufgelöst, aber viele Parteifunktionäre sind noch frei. Das gleiche gilt für den Staatssicherheitsapparat. Er wurde aufgelöst, doch die gleichen alten Leute – die für Tötungen, Bespitzelung, Folter verantwortlich waren – bilden jetzt den nationalen Sicherheitsapparat; die haben bloß das Wort »Staat« durch »national« ersetzt, das ist alles.

FKG: *Wie sehen die Hauptforderungen der Arbeiterproteste und -streiks im Moment aus?*

JC: Die Hauptforderungen sind Vollzeitverträge, ein Mindestlohn von 1.200 Pfund, das Recht, unabhängige Gewerkschaften zu gründen. Es gibt jetzt über 22 unabhängige Gewerkschaften, von denen sich vier bereits zur Ägyptischen Föderation unabhängiger Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, die den gelben Gewerkschaften entgegentritt.

Schon in der Vergangenheit gab es Fälle, in denen Arbeiter ihre Fabriken übernommen haben, nachdem ihre Besitzer – korrupte Geschäftsmänner – aus dem Land geflohen waren, um sich Gerichtsurteilen zu entziehen. 2001 ist der Multimillionär Ramy Lakkah aus Ägypten geflüchtet und hinterließ seine Fabriken. In einem seiner Unternehmen – einer Glühbirnenfabrik in einem Industrievorort von Kairo – hat die Belegschaft den Betrieb von 2001 bis 2006 selbstverwaltet. Die Arbeiter konnten ihre Löhne stemmen und sogar die Produktion ausweiten.

Dann gab es noch einen Fall von 2008 bis 2010, auch in Tenth of Ramadan City. Der Besitzer, Adel Agha, wurde zu einer langen Haftstrafe und einer deftigen Geldstrafe verurteilt und floh ebenfalls aus dem Land. Sein Unternehmen war kapitalintensiv, deshalb konnten die Arbeiter es nicht vollständig übernehmen. Doch in der Tochterfirma Economic Company for Industrial Development – mit drei Fabriken – konnten sie die Produktion selbst verwalten. Es gibt weitere Fälle von Selbstverwaltung, alles kurzlebige Experimente.

Das sind radikale Beispiele von Arbeitern, die die Initiative übernehmen und die Produktion selbst betreiben, und wenn sich die Revolution radikalisiert und die Unternehmer das Land verlassen, dann gehe ich davon aus, dass die Arbeiter in der Lage sein werden, die Produktionsmittel zu übernehmen und selbst zu verwalten, wie wir es in den erwähnten Fällen gesehen haben.

Wichtig ist auch, dass der neue unabhängige Gewerkschaftsverband ganz explizit nicht zwischen Arbeitern und Angestellten unterscheidet; ein Arbeiter ist jemand, der keine Produktionsmittel besitzt und seine Arbeitskraft für einen Lohn verkaufen muss. Es gibt also eine neue Ära für Arbeiter in Ägypten. Sie mobilisiert sowohl Arbeiter- als auch Angestelltengewerkschaften – im öffentlichen, privaten und informellen Sektor der Ökonomie. Und wenn diese unabhängigen Gewerkschaften sich als genau so korrupt wie die alten herausstellen, haben die Arbeiter jetzt genug Erfahrung, um zu wissen, dass sie demokratischere, transparentere und radikalere Gewerkschaften bilden oder wählen können. Sie spüren ihre Macht, sie haben das Gefühl, dass die Zukunft ihnen gehört. Sie können sich von Lohnsklaven in Produzenten verwandeln, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

FKG: *Dann würden sie aber doch keine Gewerkschaften mehr brauchen, oder? Es scheint naheliegend zu sein, dass die Arbeiter in Ägypten jetzt unabhängige Gewerkschaften gründen, und das ist vermutlich ein Schritt vorwärts für sie. Aber um ihre Existenz als Lohnsklaven zu überwinden, das Kapitalverhältnis zu überwinden, müssten sie sich selbst als Klasse abschaffen, als Verkäufer von Arbeitskraft, und die Gewerkschaften sind genau an diesen Verkauf von Arbeitskraft gebunden. Die Vorstellung einer freien Gesellschaft, die von Gewerkschaften verwaltet wird, scheint mir unlogisch, da in einer freien Gesellschaft das Lohnsystem abgeschafft wäre, also gäbe es gar keinen Platz für Gewerkschaften.*

JC: Das sehe ich anders, denn in der Revolution und im Bürgerkrieg in Spanien haben die Gewerkschaften, insbesondere die CNT-FAI, eine immens wichtige Rolle gespielt. Das war keine rein wirtschaftliche Gewerkschaft mehr, es ging um die Rückeroberung der Fabriken, nicht als Lohnsklaven, sondern als Produzenten, die die Produktion selbst bestimmen können. Vielleicht wird man viele Jahre nach dem Erfolg der internationalen sozialistischen Revolution keine Gewerkschaften mehr brauchen – in einer höheren Stufe des Kommunismus, in der es keinen Staat und kein Kapital mehr gibt. Alle Menschen wüssten, dass gesellschaftliche Solidarität und gegenseitige Hilfe natürlich und instinktiv sind. Aber um diese Stufe zu erreichen, glaube ich, werden revolutionäre Gewerkschaften eine unabdingbare Rolle spielen.

FKG: *Die Gewerkschaftsfrage ist ziemlich kompliziert. In Ländern wie Deutschland gibt es »unabhängige« Gewerkschaften, die aber trotzdem ein wesentlicher Bestandteil des Systems sind und eine wichtige Rolle im reibungslosen Funktionieren der Produktion spielen, und die störendsten Streiks der Nachkriegsgeschichte waren zum Beispiel wilde Streiks in den 1970ern, in erster Linie von migrantischen Arbeitern. Gleichzeitig ist die Situation in den Sektoren, in denen die Gewerkschaften schwach sind, nicht unbedingt besser. Aber zur Revolution – zur Selbstabschaffung des Proletariats, was auch einen Bruch mit der herrschenden Arbeitsteilung bedeutet –, haben Gewerkschaften nichts beizutragen, sie sind eine legale Instanz zur Regulierung der Klassenbeziehungen und somit an das Lohnsystem und das Recht gebunden. Es gibt auch Texte zu Spanien, die argumentieren, dass es tatsächlich Konflikte zwischen den Arbeitern und den Anarchosyndikalisten gab, weil die Arbeiter nicht weiter arbeiten wollten.*

Anmerkungen zur Jungle World – Reportage „Selbstorganisiert gegen die Krise“

Einige Anmerkungen zur ansonsten guten Reportage „Selbstorganisiert gegen die Krise“.

Der einleitende Teil, „während sich in Griechenland Kommunisten und andere linksradikale Gruppen (…) bekämpfen, organisieren sich viele Bürgerinnen (…), ist in zweierlei Hinsicht falsch bzw. missverständlich. Zum einen zählen die Kommunisten in Griechenland nicht zu den „Linksradikalen“ sondern sind so ziemlich der konservativste Verein, der neben der Nea Dimokratia existiert. Dass sich im Gegensatz zu den angeführten Gruppen die „Bürger und Bürgerinnen“ selbst organisieren, soll wohl anzeigen, dass diese BürgerInnen etwas sinnvolles tun, während sich die anderen nur gegenseitig bekämpfen. Was natürlich Quatsch ist. In allen Stadtteilplena, Nachbarschaftsversammlungen oder bei den „Bezahlt wird nicht“-Gruppen sind linksradikal organisierte Menschen und AnarchistInnen maßgeblich beteiligt bzw. die OrganisatorInnen der Initiativen. Dafür, dass diese Leute außerdem auch noch die KP bekämpfen, gibt es gute Gründe.

Beim angeführten Pogrom im Stadtteil Agios Panteleimon wurde vergessen zu erwähnen, dass die beiden im Stadtteil liegenden von AnarchistInnen besetzten Häuser Villa Amalias und Skaramanga zu Flucht- und Schutzräumen für die gejagten Flüchtlinge wurden. Da Faschisten von Chrisi Avgi und MAT-Sondereinsatzkommandos die Häuser daraufhin gemeinsam angriffen und mehr als 300 solidarische Menschen über zwei Stunden die Flüchtlinge und die Häuser gegen diese Angriffe verteidigten, ist diese Auslassung etwas seltsam. Überhaupt ist es mehr als komisch, in einem zweiseitigen Artikel über „Selbstorganisierung“ die sehr virulente und in allen gesellschaftlichen Kämpfen engagierten AnarchistInnen nicht ein einziges Mal zu erwähnen. Aber vielleicht waren ja die BürgerInnen damit gemeint.

Dass dann eine Woche später in die „Rettung lässt auf sich warten“ der Eindruck erweckt wird, die Bevölkerung kreise hoffnungs- und ratlos um die bestehenden Parteien ist in einer Zeitung wie der JW mehr als ärgerlich. Tatsächlich werden wohl über 50% der Berechtigten gar nicht wählen gehen! Viele von ihnen sind (wie in der Vorwoche beschrieben) damit beschäftigt ihr Leben gemeinsam mit anderen kollektiv zu organisieren. So haben linke und anarchistische ÄrztInnen und PflegerInnen in Athen und Thessaloniki „solidarische Krankenstationen“ eröffnet, in den Flüchtlinge und Menschen ohne finanzielle Mittel umsonst behandelt werden (in Athen in einem besetzten Haus, in Thessaloniki in einem Gewerkschaftshaus). In Thessaloniki wurde eine ehemalige Kaserne von hunderten BürgerInnen besetzt, die dort schon seit dem Sommer kollektiv ihr eigenes Biogemüse anbauen – koordiniert übrigens im anarchistisch/antiautoritären sozialen Zentrum Mikropolis. Food-Coops schießen überall aus dem Boden.

50 Obdachlose und Flüchtlinge haben ein seit Jahren leer stehendes kirchliches Krankenhaus in Thessaloniki besetzt, richten es für den Winter her und haben im Erdgeschoss eine kollektive Taverne eröffnet. Nur eins von ca. 10 neuen Kollektiven der letzten sechs Monate in Thessaloniki. Die „Bewegung 136“, ein Bündnis aus AnarchistInnen, Gewerkschaftern der Wasserwerke und BewohnerInnen des Dorfes Aravisos – auf dessen Grund sich die Trinkwasserquellen der Stadt befinden –, versuchen die Privatisierung der Wasserwerke Thessaloniki zu verhindern und sie stattdessen zu vergesellschaften (Kaufinteressent ist übrigens die in Berlin nur zu gut bekannte Veolia). Ich denke, so wie in Thessaloniki sieht es auch in Athen und anderen Städten aus. Die Parteien sind für all diese Leute völlig uninteressant. In über dreißig Städten und Dörfern sind darüber hinaus inzwischen Initiativen aktiv, die über die Stromrechnung abkassierte Grundsteuer zu bekämpfen und die vom Strom gekappten Familien wieder ans Netz anschließen. Das ist wie bei „den plirono“ eine Massenbewegung!

Zum Schluss noch eine kleine Korrektur. Im letzten Absatz schreibt Chrissi Wilkens, dass die parlamentarische Linke bisher nicht vom Unmut der Bevölkerung profitiert. Die KP mit 7,8%, das Linksbündnis (Syriza) mit 5,3% und die Grünen mit 2,8% in den Hochrechnungen werden angeführt. Abgesehen davon dass die KP in anderen Hochrechnungen mit 9,8% und die Grünen mit 3,3% – womit sie über der 3%-Hürde wären – geführt werden, wurde die Demokratische Linke (DimAr) komplett vergessen. Ihr werden 5,9% vorhergesagt. Da DimAr eine Abspaltung von Syriza ist und beide vor zwei Jahren noch vereint nur 4,2% erhielten, jetzt aber zusammengerechnet auf 10,2% kämen, ist die Aussage, dass die parlamentarische Linke nicht profitiert sicher eher falsch als richtig. Vielleicht habt ihr euch nur mehr erhofft?

Solidarische Grüße, Ralf Dreis

nen fest, darunter zwei Journalisten. Der Strom der Leute war rasch unter Kontrolle gebracht und diejenigen, die sich durchgedrängelt hatten oder später an den Kontrollen vorbeigekommen waren, verließen das Gebäude noch am selben Abend.

Bald danach verließ auch der dritte bezahlte Organisator (der übrigens zu dem Zeitpunkt nicht mehr bezahlt wurde) die Stadt Madison. Weitere Berichte oder Informationen zu den Ereignissen seit Ende Juni müssen daher von den Mitgliedern der IWW in Madison kommen und wir bitten diese um Mitteilungen, da viele von ihnen das, worüber wir hier berichten, direkter und hautnaher miterlebten als wir.

Empfehlungen

Die Notwendigkeit von Büros

Eines der größten Probleme für die örtlichen Syndikate in Madison war, dass sie kein eigenes Büro haben. Die meiste Arbeit fand bei Just Coffee statt und Treffen an vielen verschiedenen Orten. Auf der Prioritätenliste aller örtlichen Syndikate sollte ganz oben an das Büro stehen, in dem mittelgroße Treffen stattfinden können, auch wenn Mitglieder dann freiwillig ihre Finanzen offenbaren. Für die meisten Mitglieder, die sich aufgrund der Prinzipien der IWW anschließen, im Gegensatz zu denen, die am Arbeitsplatz rekrutiert werden, sollte eine zusätzliche monatliche Ausgabe von 10 Dollar für die Büromiete kein zu großes Opfer darstellen, wenn sie nicht in ausgesprochenen finanziellen Schwierigkeiten sind. Die Gewerkschaft sollte auch Wege finden, neu gegründeten örtlichen Syndikaten beim Anmieten von Räumlichkeiten zu helfen; z. B. durch ein nahegelegenes Syndikate, das als „Mentor“ fungiert und die General-Administration könnte jeweils ein Viertel der ersten Jahresmiete übernehmen.

Bessere regionale Koordination

Die Organisation sollte Möglichkeiten erkunden, wie örtliche Syndikate in einer Region enger zusammenarbeiten können und wie etablierte Lokale kleinen Gruppen, die ein neues Lokal aufbauen wollen, oder solchen in schwieriger Lage helfen könnten. Als die Ereignisse in Wisconsin losgingen, hatte die örtlichen Syndikate in Madison keine Statuten und seit mehreren Monaten kein Treffen mehr gehabt. In Milwaukee war die Situation noch schlimmer. Außerdem gab es keine eindeutigen Richtlinien, wie neu gegründete oder sich bildende örtliche Syndikate unterstützt werden können oder wie die Zusammenarbeit mit in Wisconsin verstreuten Einzelmitgliedern laufen könnte.

Die Frage der doppelten Mitgliedschaft

Wir müssen Doppelmitglieder ermutigen, voneinander zu lernen und innerhalb des Kontexts des Gesamtprogramms der IWW ein eigenes Programm aufzubauen. Diejenigen, die sich am besten zur Rolle der Doppelmitglieder äußern können, sind die Doppelmitglieder selbst, und wir sind keine. Mit den Ereignissen in Wisconsin vor Augen, scheint es sehr wichtig, dass eine Strategie zur Doppelmitgliedschaft geschaffen und realisiert wird. In Madison schien die Aktivität der Doppelmitglieder zwar bewundernswert, aber auch oft richtungslos, wenn sie sich auf offizielle Gewerkschaftsstrukturen allein verlässt. Wir sind der Ansicht, dass es Optionen gibt, die taktisch vielfältiger und strategischer sind. Die Gewerkschaft sollte Doppelmitglieder darin unterstützen, dies kollektiv auszuarbeiten, wenn es auch selbstverständlich ist, dass diese Strategie einen integralen Bestandteil des IWW-Gesamtprogramms darstellen muss und auch vom Rest der Organisation diskutiert werden sollte. Als Ausgangspunkt hierfür sollte die Arbeit der Doppelmitglieder in Edmonton untersucht werden, da sie relativ erfolgreich in ihrer Arbeit dort als militanter Pol bei den Postangestellten sind.

Vorbereitung eines Allgemeinen Verteidigungskomitees zur Unterstützung von festgenommenen Organisatoren

Zu verschiedenen Zeitpunkten bestand die Möglichkeit, dass IWW-Mitgliedern bei Gewerkschaftsaktivitäten festgenommen werden könnten, so z. B. bei der Besetzung am 9. März. Wir sollten sicherstellen, dass das GDC auf solche Möglichkeiten vorbereitet ist.

Letztens, und das schließt alles andere ein: Wir müssen eine breitere Diskussion in der IWW zur Rolle der Gewerkschaften und der Arbeitsgesetzgebung, zur gegenwärtigen Krise des Kapitalismus und zu anderen Fragen führen, damit wir noch effektiver reagieren können, wenn sich die ökonomische Krise verschärft und Klassenkonfrontationen in den USA kämpferischer und explosiver werden.

JC: Ich stimme der marxistischen Analyse zu, dass die Gewerkschaften eine Rolle bei der Aufrechterhaltung des Kapitalismus spielen, indem sie um die Krümel verhandeln, die vom Tisch der Kapitalisten fallen; indem sie die kapitalistische Ausbeutung für die Arbeiter erträglicher machen. In den meisten Fällen hinterfragen die rein wirtschaftlichen Gewerkschaften das System nicht. Aber wenn wir uns Wisconsin ansehen, hat der Staat trotzdem Angst vor solchen Gewerkschaften. Aus seiner Sicht haben sie immer noch zu viel Macht, also versucht er, ihr Recht auf Tarifverhandlungen abzuschaffen.

Und um sich zu einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft zu entwickeln, ist meines Erachtens eine Reihe von Schritten nötig, sei es ein Sowjet, ein Arbeiterrat oder eine revolutionäre Gewerkschaft. Ich verstehe deinen Einwand mit der Arbeitsteilung, aber aus der Sicht der Arbeiter ist man kein Lohnsklave mehr; man ist ein Miteigentümer, an Verteilung und Entscheidungen beteiligt, wenn man kollektiv die Fabrik selbst verwaltet. Es geht aber nicht nur um die Selbstverwaltung der Fabrik, sondern um die kollektive Selbstverwaltung der Gesellschaft insgesamt.

FKG: *…aber das lässt den ganzen Rahmen intakt, man ist dann immer noch Arbeiter in dieser Fabrik, die man besitzt, während es doch eigentlich darum geht, mit dem Konzept des Eigentums gänzlich zu brechen. Wie das getan werden soll, weiß ich nicht, aber ich denke, wir haben ausreichend Erfahrung mit Selbstverwaltung als Sackgasse, die nicht mit der Logik der Warenproduktion bricht, mit dem Tauschwert und Geld. Zanon in Argentinien ist zum Beispiel ist eine sehr interessante Erfahrung, aber letztlich müssen sie auch ihre Produkte auf dem Markt verkaufen und das bestimmt auch die Bedingungen innerhalb der Fabrik.*

JC: Kleine Verbesserungen, aber das System bleibt intakt? Ja. Wir sind uns einig, dass wir die endgültige Abschaffung von Lohnsklaverei, Privateigentum und der bestehenden Arbeitsteilung wollen. Aber das wird sehr viel Arbeit und einen massiven Neuaufbau der Gesellschaft erfordern. Und deswegen meine ich, dass Gewerkschaften eine so wichtige Rolle spielen.

In Ägypten hatten wir seit 1957 ausschließlich staatlich kontrollierte Gewerkschaften. Das Land hat durch die Gründung von unabhängigen Gewerkschaften und Verbänden einen Schritt vorwärts gemacht. Auch wenn sie – vorerst – die Lohnsklaverei, den Kapitalismus und den Staat nicht antasten. Weil eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung das Bewusstsein der Arbeiter über ihre Stellung in der Gesellschaft stärkt – dass sie nicht dazu da sind, einfach ausgebeutet und jederzeit entsorgt zu werden.

Irgendwo müssen wir in Ägypten anfangen. Ich glaube, mit dieser unabhängigen Gewerkschaftsbewegung werden auch radikalere Gewerkschaften entstehen, die damit anfangen, die Hierarchien in der Fabrik und die ganze Struktur der Gesellschaft zu hinterfragen. Ich denke – ich hoffe –, dass das zu sozialem Aufruhr führen wird, der wiederum zur sozialen Revolution führt – letztlich zur Übernahme der Produktionsmittel. Das würde natürlich auch die Abschaffung gewisser Industrien, etwa der Rüstungsindustrie, bedeuten. Eine vollständige Neugestaltung der Produktion entlang der tatsächlichen Bedürfnisse und Sehnsüchte einer freien, klassenlosen, staatenlosen und egalitären Gesellschaft.

Die USA erwachen!
(Analyse der „Occupy Wall Street“-Bewegung)

„Eine radikale Situation ist ein kollektives Erwachen. … In solchen Situationen werden Menschen neuen Perspektiven gegenüber aufgeschlossener, sind eher bereit, frühere Annahmen in Frage zu stellen, durchschauen rascher den üblichen Schwindel. … Die Menschen lernen in einer Woche mehr über die Gesellschaft als in einem Jahr theoretischer „Gemeinschaftskunde“ oder politischer „Bewusstseinsbildung“ von Seiten der Linken. Alles scheint möglich – und noch viel mehr IST möglich. Die Menschen können kaum noch glauben, was sie sich „früher“ alles haben bieten lassen. … Passiver Konsum wird durch aktive Kommunikation ersetzt. Wildfremde Menschen fangen an, auf der Straße lebhaft miteinander zu diskutieren. Debatten dauern rund um die Uhr, ständig stoßen Neuankömmlinge dazu und ersetzen jene, die zu neuen Taten aufbrechen oder versuchen, ein paar Stunden Schlaf zu finden, auch wenn sie gewöhnlich zu aufgeregt sind, um lange schlafen zu können. Während einige auf Demagogen hereinfallen, beginnen andere, eigene Pläne zu machen oder eigene Initiativen zu ergreifen. Außenstehende werden in den Strudel hineingezogen und machen erstaunlich rasche Veränderungen durch. … Radikale Situationen sind die seltenen Augenblicke, in denen ein qualitativer Wandel wirklich möglich wird. Sie sind alles andere als anormal, sie enthüllen vielmehr, wie außerordentlich verklemmt wir normalerweise sind, wie schlafwandlerisch wir durch unser „normales“ Leben gehen.

Ken Knabb, DIE FREUDEN DER REVOLUTION

Die Occupy-Bewegung, die in den letzten vier Wochen über das Land hinweggefegt ist, ist bereits jetzt der bedeutendste radikale Aufbruch in Amerika seit den 1960er Jahren. Und das ist erst der Anfang.

Es begann am 17. September, als sich um die 2000 Menschen in New York versammelten, um „Wall Street zu besetzen“, als Protest gegen die immer eklatantere Herrschaft einer winzigen Wirtschaftselite über die „restlichen 99 %“. Die Teilnehmer begannen, einen Platz in der Nähe der Wall Street zu besetzen (der in Liberty Plaza umbenannt wurde, zu Ehren der Tahrir-Platz- Besetzung in Ägypten), indem sie dort ein dauerhaftes Zeltlager aufschlugen, und führten eine Vollversammlungen durch, die seither jeden Tag zusammengekommen ist. Obwohl sie zunächst von den großen Medien völlig totgeschwiegen wurde, wurde diese Aktion rasch zur Inspirationsquelle für ähnliche Besetzungen in hunderten von Städten im ganzen Land und in vielen weiteren weltweit.

Die herrschende Elite weiß nicht, wie ihr geschieht und sieht sich plötzlich in die Defensive gedrängt, während die begriffsstutzigen Medienexperten die Bewegung mit dem Argument zu diskreditieren versuchen, dass sie kein kohärentes Programm vorlegen oder keine Liste von Forderungen formulieren könne. Die Protestierenden haben natürlich zahlreiche Missstände benannt, die jedem nur allzu offensichtlich sind, der das Weltgeschehen mit offenen Augen betrachtet. Doch haben sie klugerweise vermieden, sich auf eine einzige oder eine Handvoll Forderungen zu beschränken, da zunehmend deutlich geworden ist, dass jeder Aspekt des Systems problematisch ist und alle Probleme zusammenhängen. Stattdessen präsentierte die New Yorker Vollversammlung, in der Erkenntnis, dass DIE BETEILIGUNG ALLER EIN WESENTLICHER TEIL JEDER WIRKLICHEN LÖSUNG IST, einen verblüffend einfachen, aber dennoch eminent subversiven Vorschlag. Sie appellierte an Menschen in der ganzen Welt: „Nehmt euer Recht wahr, euch friedlich zu versammeln; besetzt öffentliche Räume; setzt einen Prozess in Gang, in dem die Probleme, vor denen wir stehen, thematisiert werden können, und formuliert Lösungen, die jedem verständlich sind. Macht es wie wir und verschafft euch Gehör!“

Kaum weniger begriffsstutzig sind jene doktrinären Radikalen, die sich abseits halten und missmutig prophezeien, die Bewegung werde vereinnahmt, oder sich beschweren, dass sie nicht auf Anhieb die radikalsten Positionen eingenommen habe. Gerade sie sollten wissen, dass die DYNAMIK sozialer Bewegungen viel wichtiger ist als ihre vordergründigen ideologischen Positionen. Revolutionen entstehen aus komplexen Prozessen sozialer Diskussion und Interaktion, denen es gelingt, eine kritische Masse zu bilden, die eine Kettenreaktion auslöst – Prozesse von genau der Art, wie wir sie derzeit erleben. Das Schlagwort von den „99 %“ ist vielleicht keine sehr präzise „Klassenanalyse“, stellt aber für Anfang eine hinreichend genaue Annäherung dar, ein ausgezeichnetes „Mem“, um den

des Entstehens einiger lockerer Koalitionen. Als die Resolution der SCFL zum Generalstreik zum Mitnehmen auf einem Tisch ausgelegt wurde, war bezeichnenderweise der einzige Stapel, der rasch wegging, derjenige zur rechtlichen Situation.

Hier beendeten zwei der bezahlten Organisatoren ihre Zeit in Wisconsin. Da nur eine Person verblieb und die Bewegung für den Rücktritt jetzt die zunehmend marginalisierten Aufrufe zum Generalstreik überwältigte, begrenzte sich die Beteiligung der IWW auf Infotische bei Versammlungen und einzelne Mitglieder beteiligten sich an einigen koalitionsähnlichen Gruppen. Außerdem wurde ein neues Augenmerk darauf gelegt, den örtlichen Syndikaten einen funktionalen, nachhaltigen Aufbau zu geben und mehrere Organisationskampagnen an Arbeitsstätten wurden begonnen oder geplant. Es gab ein Training für Organisatoren, das erste seit vielen Jahren in Madison, an dem ein gesamtes Komitee aus einem Betrieb teilnahm.

Obwohl wie gesagt die IWW-Beteiligung am so genannten „#wiunion movement“ abnahm, nachdem die Rücktrittsforderung zur populären Option wurde, hielten einzelne Personen in den örtlichen Syndikaten doch unterschiedliche Ebenen der Beteiligung aufrecht.

Der letzte verbliebene bezahlte Organisator begann, Verbindungen zu einigen der Studierendengruppen aufzubauen, zu denen wir bis dato wenig Beziehungen hatten. Eine Studierendengruppe hatte angesichts der möglichen Abtrennung der Uni Madison vom restlichen Universitätssystem in Wisconsin erwogen, eine Besetzung zu organisieren. Diese wurde schließlich auch beschlossen und nach einer kleinen Versammlung wurde Bascom Hall besetzt. IWW-Mitglieder halfen, wo sie konnten, brachten Verpflegung und Getränke, gaben ihnen Informationen zu Polizeiaktionen weiter, die zusammengezogen wurde, um die Besetzung zu beenden, was auch nach zirka 8 Stunden geschah.

Neben der traditionellen Mai-Demo war das letzte, was einer der Autoren dieses Textes während des Aufenthalts in Madison an Aktionen mit IWW-Beteiligung erlebte, der Versuch der Straßenblockade rund um das Kapitol. Eine der Koalitionsgruppen plante für den 6. Juni eine Blockade der Straßen am Eingang zum Capitol Square. Der Plan kam weitgehend nicht in Gang, und wo er in Gang kam, schlug er jämmerlich fehl.

Diese Koalition bestand mehrheitlich aus Gewerkschaftsfunktionären, gewählten Gewerkschaftsvertretern, […] Studierenden aus verschiedenen Universitätsorganisationen, normalen Gewerkschaftsmitgliedern aus dem Öffentlichen Dienst, einigen TeilnehmerInnen aus verschiedenen sozialistischen Gruppen und aus der IWW. Die Koalition war eine der aktiveren, da andere in den Aktivitäten nachließen und andere als von der AFL-CIO angeschoben betrachtet wurden, weitere waren vom Typ Grüne bzw. von älteren AktivistInnen dominiert oder nicht offen für Aktivitäten außer der Rücktrittsforderung.

Irgendwann kam in dieser Gruppe der Plan auf, den Capitol Square zu blockieren und sie versuchten dies umzusetzen. Es schien jedoch, dass diejenigen, die an der Planung beteiligt waren, nur wenige Erfahrungen mit solchen Aktionen hatten und daher passierten mehrere vermeidbare Fehler, die die Sache letztlich scheitern ließen. Es war auch ein Mangel an Unterstützung von den Gewerkschaften zu verzeichnen; eine Reaktion auf den Vorschlag, sich an der Blockade mit Sattelschleppern zu beteiligen lautete: „Dafür reißen sie uns den Arm auf“.

Zusätzlich entwickelte sich eine Aktion in der M&I Bank zu einer Rangelei zwischen einigen DemonstrantInnen und der Polizei, bei der ein Beamter sich das Handgelenk verstauchte. Die Polizei schien eine andere Haltung einzunehmen nach den Äußerungen (welchen auch immer) des Bürgermeisters am Treffpunkt in Kombination mit dieser Aktion. Dies führte dazu, dass einige der Organisatoren die Blockade absagten, was bei anderen, die gerade damit anfangen wollten, sehr viel Verwirrung auslöste. Die eine Blockade, die schließlich stattfand, bestand aus einem Wohnmobil von den United Steelworkers und einem Privatfahrzeug und erweckte rasch die Aufmerksamkeit der Polizei, die den Fahrern sagte, es seien bereits Abschlepper unterwegs. Die Fahrzeuge entfernten sich innerhalb von Minuten, gerade als die Hauptmenge der Demo – unter ihnen etliche Studierende, die eine Straßenblockade planten – ankam. Ohne die Fahrzeuge und ohne, dass die Mehrheit der DemonstrantInnen über die Blockaden informiert war, war der Kern der Studierenden isoliert und zu klein. Sie hielten an ihrem Plan fest und einige von ihnen wurden festgenommen.

In der Verwirrung um die Blockaden beschloss irgendjemand, zum Capitol zu rennen. Eine Gruppe von Leuten tat genau das und versuchte, sich ins Gebäude zu drängen und an den Sicherheitseinrichtungen vorbeizukommen. Die Polizei des Capitol und die State Troopers fingen an, die Leute zu schubsen und zu Boden zu werfen und nahmen mindestens sechs Perso-

– Verteidigt unsere Gewerkschaften!“ [Anm. d. Ü.: Solidarity Forever ist seit Jahrzehnten ein Slogan und der Titel eines Liedes der IWW]

Der womöglich schwächste Teil unserer Intervention war, dass wir nicht mehr Nachdruck auf das Sammeln von Kontakten legten und daher am Ende des Tages mit weniger dastanden, als wir erhofft hatten – obwohl wir einen beständigen Kontakt zu einer Gruppe aus einer kleinen Universitätsstadt in Zentral-Wisconsin herstellen konnten, die uns ein paar Tage später ein gut besuchtes Treffen organisierte, auf dem wir erläutern konnten, was die Leute dort tun könnten, um für einen Generalstreik zu agitieren.

Das öffentliche Forum, das am Abend nach der Demonstration stattfand, hatte ungefähr 200 TeilnehmerInnen, von denen zirka 25 IWW-Mitglieder waren. Dies ist sicherlich eines der größten öffentlichen Treffen, das die IWW seit langem organisiert hat. Leider ist auf der Kehrseite zu verzeichnen, dass wir keine Organisationskultur in Bezug auf öffentliche Treffen haben. Wir hatten keine klare Zielvorstellung für das Treffen und so wurde es zu einer langen Liste von RednerInnen, die sich beredt für Massenaktionen aussprachen, aber es wurden keine praktischen Schritte diskutiert. Das Forum entwickelte sich zu einer Plattform für Leute, die sich was von der Seele reden wollten. Latin@s aus Studierenden- und Immigrantengruppen sprachen über einige der entfremdenden Aspekte der Bewegung. Am Ende des Treffens schlug der Sekretär der örtlichen Syndikate Madison aus einem verständlichen Wunsch, den Impuls am Leben zu erhalten, vor, dass in der folgenden Woche ein weiteres Treffen stattfinden solle, aber ohne dies zuvor mit den anderen Mitgliedern zu diskutieren.

Die Agitation nach dem 12. März

Am Folgetreffen am 19. März beteiligten sich zirka 30 Personen. Dies war weniger als erwartet und dies liegt sowohl an objektiven wie subjektiven Faktoren. Zum Beispiel, dass dieses Treffen an einem anderen Ort stattfand, dass wir beim vorigen Treffen Leute abgetörnt hatten, oder dass die Energie bereits beträchtlich abgenommen und am selben Tag die Gewerkschaft der Pflegekräfte ein ganztägiges Treffen angesetzt hatte. Wir beschlossen, dem Treffen wenigstens eine praktische Komponente zu geben: eine Kompaktversion des Organisatorentrainings, in der der Schwerpunkt darauf lag, den öffentlich Bediensteten die Kenntnisse zu vermitteln, Kampfgruppen und eine Führungsebene aufzubauen, mit der wir Kontakt hielten. Dies geschah in sehr kompetenter Weise von einem IWW-Mitglied aus den Twin Cities, aber leider minimierte die begrenzte Teilnehmerzahl die Effektivität. Ein interessanter Effekt in Madison war die Reaktion einiger der vielen Arbeiter-Coops in der Stadt, von denen die meisten sehr klein sind und nur um die 10 Mitglieder haben. Besonders die mit Abstand größte Coop mit mehreren Hundert Mitgliedern etablierte ein Soli-Komitee, dessen Aufgabe es war, Möglichkeiten zu erarbeiten, wie die DemonstrantInnen unterstützt werden konnten und wie sie sich im Fall eines Generalstreiks verhalten sollten – alles bereits bevor sie Kontakt zur IWW hatten (wenngleich einige weniger aktive IWW-Mitglieder dort arbeiten).

Um den 21. März herum trafen sich mehrere IWW-Mitglieder mit dem Soli-Komitee und dieses brachte zum Ausdruck, dass sie mit uns zusammenarbeiten wollten; wir konnten z. B. Materialien vorbeibringen, die ihre Kollegen dann an die Kundschaft verteilten. Mehrere äußerten ihr Interesse daran, sich in der IWW zu organisieren. Obwohl wir im Allgemeinen nicht sehr begeistert über Arbeiter-Coops sind, die sich der IWW als Teil einer Strategie anschließen, machten die bloßen Zahlen hier ein anderes Bild, und es wäre wert gewesen dies weiter zu verfolgen.

Am letzten Märzwochenende unternahmen die drei bezahlten Organisatoren eine Rundfahrt durch Wisconsin, um zu agitieren und Kontakte zu knüpfen. Dies fand zum einen statt, weil sich die Energie in Madison sehr reduziert hatte und nicht klar war, wie der nächste Schritt aussehen sollte. Das Hauptziel war, auf die Campusse der Universität zu gehen, wo es viele öffentlich Bedienstete und Studierende gibt. Leider machten sie den Fehler anzunehmen, dass auf jedem Campus die Semesterferien zum selben Termin lägen wie in Madison. Daher bestand die Fahrt aus Plakatekleben in leeren Universitäten und es wurden an fast allen Standorten von Jimmy John’s und Starbucks im Staat Wisconsin Flugblätter verteilt.

Anfang April gab es ein Seminar „Labor Notes Troublemakers School“, das lange zuvor organisiert worden war und bei dem neben anderen mehrere IWW-Mitglieder beteiligt waren. Es gab eine Podiumsdiskussion zu nicht traditioneller Organisationsarbeit, die von den TeilnehmerInnen begeistert aufgenommen wurde. Wir konnten zahlreiche Kontakte anbahnen. Obwohl dies womöglich die größte Konzentration der „labor left“ in Madison seit unserem Streikforum war, ergaben sich hieraus keine sichtbaren, konkreten Schritte mit Ausnahme

ganzen traditionellen soziologischen Jargon zu umgehen und zu der Einsicht zu gelangen, dass die große Mehrheit der Menschen einem System unterworfen ist, das von einer winzigen herrschenden Elite regiert wird und zu deren Vorteil funktioniert. Und es rückt zu Recht die wirtschaftlichen Institutionen in den Mittelpunkt und weniger die Politiker, die nur deren Laufburschen sind. Aus unzähligen Beschwerden ergibt sich vielleicht noch kein kohärentes Programm, aber in ihrer Gesamtheit implizieren sie bereits einen grundlegenden Wandel des Systems. Die Art dieses Wandels wird in dem Maße klarer werden, wie der Kampf sich entwickelt. Wenn die Bewegung das System am Ende zwingt, mit substantiellen Reformen im Stile des New Deal aufzuwarten, umso besser – das wird den Druck der Verhältnisse vorübergehend lindern, sodass wir den Druck leichter erhöhen können. Wenn sich das System hingegen als unfähig erweist, irgendwelche substantiellen Reformen zustande zu bringen, wird das die Menschen zwingen, sich nach radikaleren Alternativen umzusehen.

Was die Vereinnahmung angeht, so wird es sicherlich viele Versuche geben, die Bewegung zu dominieren oder zu manipulieren. Doch ich glaube nicht, dass sie leichtes Spiel haben werden. Denn die Besetzungsbewegung war von Beginn an entschieden antihierarchisch und partizipatorisch. Vollversammlungsentscheidungen werden absolut demokratisch und zumeist im Konsens getroffen – ein Prozess, der manchmal mühselig sein kann, aber den Vorzug hat, jegliche Manipulation praktisch auszuschließen. DIE WIRKLICHE BEDROHUNG GEHT IN DIE ANDERE RICHTUNG: Das Beispiel der partizipatorischen Demokratie bedroht letztlich alle Hierarchien und sozialen Spaltungen, einschließlich der zwischen einfachen Arbeitern und ihren Gewerkschaftsbürokraten und zwischen politischen Parteien und ihren Wählern. Deshalb versuchen so viele Gewerkschaftsbürokraten und Politiker auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Das ist Ausdruck unserer Stärke, nicht unserer Schwäche. (Eine Vereinnahmung fände nur statt, wenn sie uns dazu brächten, in IHREN Zug zu steigen.) Die Versammlungen können sich natürlich dafür entscheiden, mit dieser oder jener politischen Gruppe zusammen eine Demonstration oder mit dieser oder jener Gewerkschaft einen Streik zu organisieren, doch die meisten von ihnen legen Wert darauf, die Unterschiede nicht zu verwischen und fast alle haben sich von beiden großen politischen Parteien scharf distanziert. Auch wenn die Bewegung in ihrer Zusammensetzung bunt gemischt ist und allen offen steht, so lässt sich dennoch mit Bestimmtheit sagen, dass sie von einem entschieden antiautoritären Geist geprägt ist und sich nicht nur von den aktuellen Massenbewegungen in Argentinien, Tunesien, Ägypten, Griechenland, Spanien und anderen Ländern inspirieren lässt, sondern auch von anarchistischen und situationistischen Theorien und Taktiken. Wie der Herausgeber von Adbusters (eine der Gruppen, die die Bewegung auf den Weg brachten) betont:

„Wir sind nicht nur davon inspiriert, was jüngst im Arabischen Frühling passierte, wir sind Schüler der situationistischen Bewegung. Das waren die Initiatoren dessen, was viele für die erste globale Revolution halten, nämlich 1968, als die Pariser Studentenunruhen zu Aufständen in der ganzen Welt führten. Plötzlich waren Universitäten und Städte in Aufruhr. All das ging auf eine Handvoll Leute zurück, die Situationisten, die eine Art philosophisches Rückgrat der Bewegung bildeten. Eine der Schlüsselfiguren war Guy Debord, der DIE GESELLSCHAFT DES SPEKTAKELS schrieb. Die Vorstellung ist: Wenn du ein wirkungsvolles Mem – eine zündende Idee – hast und die Situation reif ist, dann genügt das, um eine Revolution zu entfachen. Das ist der Hintergrund, von dem wir ausgehen.“

Die Mai-68-Revolte in Frankreich war auch eine „Besetzungsbewegung“ – einer ihrer markantesten Züge war die Besetzung der Sorbonne und anderer öffentlicher Gebäude, das Vorbild für Fabrikbesetzungen im ganzen Land, an denen sich mehr als 10 Millionen Arbeiter beteiligten. (Unnötig zu erwähnen, dass wir davon noch sehr weit entfernt sind und eine solche Situation auch kaum eintreten wird, solange sich die amerikanischen Arbeiter nicht über ihre Gewerkschaftsbürokratien hinwegsetzen und selbst kollektiv in Aktion treten, wie in Frankreich.) Angesichts der Tatsache, dass die Bewegung hunderte von Städten erfasst, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass jede der neuen Besetzungen und Versammlungen VOLLSTÄNDIG AUTONOM bleibt. Obwohl durch die ursprüngliche Wall-Street-Besetzung inspiriert, wurden sie alle jeweils von Menschen in ihren eigenen Gemeinden geschaffen. Keine von außen kommende Person oder Gruppe hat auch nur die geringste Kontrolle über irgendeine dieser Versammlungen. Und genauso muss es auch sein. Wenn die lokalen Versammlungen ein praktisches Bedürfnis verspüren, sich untereinander zu koordinieren, so werden sie es tun; bis dahin ist die ungezügelte Ausbreitung autonomer Gruppen und Aktionen sicherer und produktiver als die von oben erfolgende Vereinheitlichung, wie sie von Bürokraten stets bevorzugt wird. Sicherer, weil sie der Repression entgegenwirkt: Wird die Besetzung in einer Stadt unterdrückt (oder vereinnahmt), wird die Bewegung in hundert anderen weiter bestehen. Produktiver, weil diese Vielfalt den Menschen ermöglicht, ein größeres Spektrum an Ideen und

Taktiken zu vergleichen und auszutauschen. Jede Versammlung bestimmt ihre eigene Verfahrensweise. Einige entscheiden strikt nach dem Konsensprinzip, andere per Mehrheitsbeschluss, wieder andere arbeiten mit verschiedenen Kombinationen aus beiden (z. B. einem „modifizierten Konsens“, der bloß 90%ige Zustimmung verlangt). Einige halten sich streng an die Gesetze, anderen beteiligten sich an verschiedenen Formen zivilen Ungehorsams. Sie richten diverse Arten von Ausschüssen oder „Arbeitsgruppen“ zur Behandlung spezieller Themen ein und entwickeln unterschiedliche Methoden, um die Rechenschaftspflicht ihrer Delegierten und Sprecher zu gewährleisten. Sie treffen unterschiedliche Entscheidungen hinsichtlich des Umgangs mit den Medien, der Polizei und Provokateuren und der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Anliegen. Viele Organisationsformen sind denkbar; es kommt nur darauf an, dass alles transparent, demokratisch und partizipatorisch bleibt, dass jeder Ansatz von Hierarchiebildung oder Manipulation sofort entlarvt und verhindert wird. Eine weitere Neuerung der jetzigen Bewegung gegenüber früheren radikalen Bewegungen ist die, dass Letztere dazu neigten, sich zu einem bestimmten Zweck an einem bestimmten Tag zu versammeln und dann wieder auseinander zu gehen, während die aktuellen Besetzungen unbefristet an Ort und Stelle ausharren. Sie haben einen langen Atem und lassen sich Zeit, um Wurzeln zu schlagen und allerhand neue Möglichkeiten auszuprobieren. MAN MUSS DABEI SEIN, UM ZU VERSTEHEN WAS WIRKLICH PASSIERT. Nicht jeder wird in der Lage sein, sich an längerfristigen Besetzungen zu beteiligen, aber praktisch jeder kann an den Vollversammlungen teilnehmen. Auf HYPERLINK „http://occupytogether.org“ occupytogether.org erfährt man von Besetzungen (oder geplanten Besetzungen) in mehr als tausend Städten in den Vereinigten Staaten sowie von hunderten weiteren rund um den Globus.

Die Besetzungen bringen viele unterschiedliche Leute aus den unterschiedlichsten Milieus zusammen. Das wird für manche eine neue und vielleicht irritierende Erfahrung sein, doch ist erstaunlich, wie schnell das Eis bricht, wenn man in einem spannenden Gemeinschaftsprojekt zusammenarbeitet. Die Konsensmethode mag auf Anhieb mühsam erscheinen, besonders, wenn eine Versammlung das „People’s mic“-System benutzt (bei dem die Versammlung jeden Satz des Sprechers wiederholt, sodass jeder verstehen kann). Doch hat sie den Vorteil, dass sie die Leute veranlasst, schnell zur Sache zu kommen, und schon nach kurzer Zeit ist man im Rhythmus und beginnt, die Wirkung zu schätzen, die davon ausgeht, dass sich alle gemeinsam auf jeden Satz konzentrieren, dass jeder die Chance erhält, zu Wort zu kommen, und sich alle anderen respektvoll anhören, was er zu sagen hat.

Dieser Prozess gibt uns bereits einen Vorgeschmack auf eine neue Art von Leben, nämlich ein Leben, wie es sein könnte, wären wir nicht in einem so absurden und unzeitgemäßen Gesellschaftssystem gefangen. So viel passiert in so kurzer Zeit, dass wir kaum wissen, wie wir es ausdrücken sollen. Gefühle wie: „Ich kann es nicht glauben! Endlich! Das ist es! Oder es KÖNNTE zumindest das sein, worauf wir so lange gewartet haben, diese Art von menschlichem Erwachen, von dem wir geträumt haben, aber nicht sicher waren, ob wir es jemals noch selbst erleben würden.“ Jetzt ist es soweit und ich weiß, dass ich nicht der Einzige bin, dem die Freudentränen in den Augen stehen. Eine Frau, die auf der ersten Vollversammlung von Occupy Oakland sprach, sagte: „Ich bin heute hierher gekommen, nicht nur, um die Welt zu verändern, sondern um mich selbst zu verändern.“ Ich glaube, dass jeder wusste, was sie meinte. In dieser schönen neuen Welt sind wir alle Anfänger. Wir werden alle eine Menge Fehler machen. Das wird nicht ausbleiben, und damit können wir leben. Das ist schließlich neu für uns. Doch unter diesen neuen Voraussetzungen werden wir rasch lernen.

Auf derselben Versammlung hielt jemand ein Schild hoch, auf dem stand:
„Es gibt mehr Gründe, begeistert zu sein, als Angst zu haben.“

|| BUREAU OF PUBLIC SECRETS
15. Oktober 2011
Übersetzung: FAU Bielefeld

die Militanz werben und eine informelle Gruppe mit anderen Aktivisten bilden, zu denen er bereits in Beziehungen stand. Diese Gruppe bildete eine Opposition gegenüber der Politik der AFSCME-Führung und schlug vor, dass die Universitätsangestellten die Führung der Aktion übernehmen sollten, die dann den Rest des Staates erfassen sollte. Zwischendurch sah es so aus, als würden diese beiden Lokale den militanten Kern einer möglichen Aktion bilden.

Öffentliche Agitation vor dem 9. März

Um die Agitation um das Kapitol herum zu koordinieren, wurde ein Aktionskomitee aus den Organisatoren und interessierten Mitgliedern vor Ort gebildet, an dessen Treffen aber auch Nichtmitglieder teilnahmen. Das Aktionskomitee funktionierte eine Zeit lang, bestand aber aufgrund von unbeständiger Planung und eines fehlenden dauerhaften Treffpunkts nicht sehr lange. Da Infotische und Flyerverteilung bei den Protesten sich irgendwann darauf begrenzte, dass zwei Leute ins Büro kamen und sich die vorhandenen Materialien griffen, machte es nicht den Anschein, als hätte das Komitee groß was zu planen. Während des Zeitraums der Wiederbesetzung des Kapitols, zum Höhepunkt der Diskussionen über den Generalstreik und als es so aussah, dass wenn auch nur an einer Arbeitsstätte gestreikt würde, ein Schneeballeffekt entstehen werde, wurden erste Schritte skizziert, um Einsatzgruppen zu bilden.

Agitation zwischen dem 9. und 12. März

Am 9. März um 4:20 Uhr begann die republikanische Mehrheit im Abgeordnetenhaus von Wisconson eine modifizierte Version des Gesetzes von Walker zu diskutieren, aus dem alle finanziellen Elemente herausgenommen worden waren und das nur die Gewerkschaftsrechte angriff. Diese Nachricht verbreitete sich rasch um das Kapitol herum und die Leute liefen auf den Eingang zu. Die Demonstrierenden konnten das Kapitol wieder einnehmen; sie setzten sich über eine gerichtliche Verfügung hinweg und besetzten trotz einer großen Anzahl von Polizisten das Gebäude über Nacht und versuchten, die Senatssitzung am nächsten Tag zu verhindern oder zeitlich zu verzögern. Zwei der bezahlten Organisatoren konnten das Flugblatt zum Generalstreik an mehr als 90% der BesetzerInnen verteilen, ungefähr 2.000 Exemplare. Viele nicht organisierte Personen übernahmen ganze Stapel und halfen beim Verteilen. Die Vorstellung eines Generalstreiks wurde von vielen RednerInnen am „Offenen Mikrophon“ erwähnt und war eine der meistgerufenen Parolen während der Nacht. Viele der Nachrichtenmeldungen aus dem Kapitol sprachen dies an; ein Sender las sogar weite Teile des Flugblatts vor.

Walker unterschrieb das geänderte Gesetz am Freitag, den 11. März. Der Samstag war traditionell der Tag der größten Demonstrationen am Kapitol, aber am Samstag, den 12., gab es die mit Abstand größte Demonstration mit über 100.000 TeilnehmerInnen. An diesem Tag bekam auch die Vorstellung, die republikanischen Abgeordneten zum Rücktritt aufzufordern, viel Zugkraft. Zum Teil mag ein Gefühl der Niederlage dafür verantwortlich gewesen sein, aber auch die Demokratische Partei und die AFL-CIO setzten ihr Augenmerk sehr auf Wahlen und waren gegen die Diskussion eines Streiks. Die IWW tat ihr Bestes, unter diesen Bedingungen gegen den Strom zu schwimmen.

Insgesamt hatten wir: ungefähr 27 KollegInnen, zwischen 10-20.000 Flugblätter zum Generalstreik, 1.000 Plakate „Generalstreik“, plus 500 Exemplare, die ein sympathisierender Lehrer anfertigte, der ein paar Tage zuvor ein Plakat erhalten hatte, und Flugblätter, die zu einem Forum aufriefen, das wir für den Abend geplant hatten, um einen Generalstreik zu diskutieren, neben weiteren Materialien wie Zeitungen und tausende Ausgaben des „Very Little Red Songbook“.

Wir teilten uns in Dreiergruppen auf, die die Menge abdecken konnten; je ein IWW-Mitglied hielt eine kleine Ansprache, ein weiteres verteilte Material und eines sammelte Kontakte, während eine kleine Gruppe bei unserem Infotisch und den Materialien blieb. Wir wählten dieses Vorgehen aus zwei Gründen: um unseren Standpunkt so weit wie möglich in der Menge zu verbreiten und um einer großen Zahl von IWW-Mitgliedern Erfahrungen im Reden vor größeren Mengen zu ermöglichen. Zum Ende der Demonstration war unser Material fast komplett verteilt. Das Plakat war besonders beliebt; oft umlagerten Leute unseren Tisch oder unsere Straßengruppen, um Plakate zu bekommen, und viele befestigten diese Plakate auf den Schildern, die sie von ihren Gewerkschaften oder anderen Gruppen erhalten hatten. Wir waren anscheinend die einzige Gruppe, die konzertiert dafür warb, dass ein Generalstreik organisiert werden solle, wenn auch einige der trotzkistischen Gruppen Parolen hatten wie „Fordert die Gewerkschaftsführungen dazu auf, einen eintägigen Generalstreik auszurufen“. Die International Socialist Organization, die einzige andere linke Gruppe mit bedeutender Präsenz, hatte die Parole „Solidarity Forever

Input aus der Gewerkschaft mit einzubeziehen und ein zweites Flugblatt zu schreiben – „Je länger die Streikpostenkette, desto kürzer der Streik“ –, das von den örtlichen Syndikaten angenommen wurde, auch wenn es erst viel später gedruckt wurde.

Es gab jedoch Mängel in der Koordination zwischen verschiedenen Teilen der Gewerkschaft: Beispielsweise wurde das erste Flugblatt ins Spanische übersetzt und sollte gedruckt werden, was aber nicht geschah; das zweite Flugblatt wurde aufgrund von Kommunikationspannen zwischen mehreren beteiligten Parteien nicht komplett übersetzt. Mitte März gab es ein weiteres branchenübergreifendes Treffen von IWW-Mitgliedern aus Chicago und den Twin Cities. Dieses sollte dazu beitragen, uns in der neuen Situation wieder zu orientieren und uns zu reorganisieren, um z. B. die Organisation im westlichen Wisconsin von den Twin Cities aus laufen zu lassen, den Südosten von Chicago aus und Madison sollte den Rest des Staates übernehmen. Dies wurde jedoch nicht wirklich umgesetzt.

Obwohl wir die Stadt kurz nach diesem Treffen verließen, nehmen wir an, dass dies auf viele Faktoren zurückzuführen ist, darunter die entmutigende Wirkung des Endes der großen Proteste mit dem offiziellen Beginn der Rücktrittsbewegung und auf die Krise, die die Entlassung mehrerer wichtiger Organisatoren bei Jimmy John's für die Twin Cities bedeutete.

Beziehungen zu anderen Organisationen

Neben den indirekten Beziehungen, die die örtlichen Syndikate zur SCFL und anderen Gewerkschaften durch die Doppelmitglieder unterhält, wozu wir im Folgenden noch kommen, waren unsere hauptsächlichen Beziehungen: MECHA, eine Latino-Studierenden-Organisation, die die Mitbenutzung ihres Büros anbot (obwohl wir letztlich das Büro von Just Coffee nutzten, einer Arbeiter-Coop, die in der IWW organisiert ist); UTI/Immigrant Workers Union, eine Gruppe, die mit der International Marxist Tendency verbunden ist und die Events mit uns zusammen sponserte; und das Centro Hispano, eine Latino-Gemeinde-Organisation, deren Büro wir gelegentlich für Treffen nutzen konnten.

Die Beziehungen zu diesen Gruppen wurden hauptsächlich vom Sekretär der örtlichen Syndikate verfolgt. Der bedeutende positive Aspekt ist, dass dies ein Versuch war, Gruppen von spanischsprechenden ArbeiterInnen einzubeziehen, was für die IWW insgesamt äußerst wichtig ist.

Die Aktivitäten der Doppelmitglieder in der SCFL

Von den aktiven IWW-Mitgliedern in Madison war ungefähr die Hälfte auch Mitglied in anderen Gewerkschaften, mit unterschiedlichem Maß an Aktivität. Zusammen konnten diese Mitglieder als Pol bei der Neugruppierung anderer Gewerkschaftsaktivisten fungieren, die bei der SCFL organisiert sind, indem sie die Agitation für einen Generalstreik in weitere Gewerkschaften trugen. Dies trug erheblich dazu bei, die IWW als sichtbare Kraft zur Förderung der Macht der Arbeiter zu etablieren und viele Gewerkschaftsaktivisten äußerten Bewunderung für die Anstrengungen der IWW, obwohl einige – selbst von denen, die für die Militanz der Arbeiterklasse sind – gelegentlich Vorbehalte zum Ausdruck brachten, dass die IWW die Dinge zu rasch voranzutreiben versuche, ohne die Situation und die Stimmung im Öffentlichen Dienst wirklich zu verstehen.

Wir müssen jedoch ebenfalls eingestehen, dass wir als Organisation keinen klaren Begriff davon haben, wie wir in Arbeitskämpfen mit den Gewerkschaftsfunktionären umgehen, darunter auch der kleine Anteil von örtlichen Funktionären, die noch als Teil der „Labor Left“ anzusehen sind. Natürlich ergibt sich ein solches Verständnis nicht aus dem Nichts, sondern es muss aus einer internen Debatte entstehen, die Praxis und kritische Theorie in Beziehung setzt.

Einige IWW-Mitglieder standen auf freundschaftlichem Fuß mit dem „linken Flügel“ der Gewerkschaftsbürokratie, obwohl auch diese Mitglieder verstanden, dass die Bürokratie im Allgemeinen ein Hindernis ist. Jedoch erhielten Gewerkschaftsfunktionäre, die für einen Streik waren, unkritisch Redezeit bei den Treffen. Das gipfelte an einem Punkt in der Idee, dass der nächste Schritt darin bestehe, einen strategischen Anteil dieser linken Funktionäre davon zu überzeugen, dass sie die Rolle eines „allgemeinen Streikorganisationskomitees“ übernehmen sollten, wenn diese Idee auch nicht zu einem formalen Vorschlag der örtlichen Syndikate wurde oder in anderer Weise weiterentwickelt.

Das bedeutendste Ergebnis der IWW-Intervention bei SCFL und den ihr angeschlossenen Bezirken geschah in den zwei Lokalen der AFSCME an der Universität Wisconsin, die beschlossen, ein eigenes Bildungskomitee aufzustellen, das sich an dem der SCFL orientierte, und gemeinsame Mitgliedertreffen abzuhalten. Insbesondere ein IWW-Mitglied war langjähriges Mitglied und Aktivist in einem dieser Lokale und konnte für

Erklärung der ZSP-Warschau zu den Ereignissen rund um den Polnischen Unabhängigkeitstag

Stellungnahme zu den Ereignissen am 11. November in Warschau:

Repression und Hysterie

Wir möchten uns bei all denjenigen bedanken, die nach Warschau gekommen sind, um sich mit dem Widerstand gegen die an diesem Tag abgehaltenen rechtsradikalen Kundgebungen solidarisch zu zeigen. Wir verfolgen das gleiche Ziel: eine Welt, in der sich die Menschen gegen Neonazismus, Nationalismus, Rassismus und faschistische Ideologien vereinigen und diese Ideen auf der Müllhalde der Geschichte verschwinden. Wir verurteilen die vielen Zwischenfälle, die es rund um die Blockaden gegeben hat. Zuerst kritisieren wir jedoch die Medien und die Hysterie, die sie über die Beteiligten an den Blockaden, besonders über jene aus Deutschland, davor, währenddessen und danach verbreitet haben. Sie haben von Anfang an eine falsche Image über diese Leute erzeugt. Die anreisenden AntifaschistInnen aus Deutschland wurden als paramilitärische Gruppen beschrieben. Währenddessen trainierten in Polen tatsächlich paramilitärische Einheiten, allerdings in den Ausbildungslagern der Rechtsradikalen. Das wird allerdings kaum wahrgenommen und natürlich verbreiteten die Medien über diese Leute, die sich ebenso für den 11. November in Warschau angemeldet hatten, keine Hysterie.

Zweitens verurteilen wir die Polizei und den Staat, welche die Neonazis zu ihren Aktionen ermutigt haben. Die antifaschistischen Verhafteten von Nowy Swiat, von denen die meisten gerade erst in der Stadt angekommen waren und überhaupt nichts getan hatten, verbrachten Zeit im Gefängnis, wo sie auf verschiedene Art und Weise misshandelt worden sind. Einige wurden bedroht, unsachgemäß durchsucht, geschlagen und verbal beleidigt. Verschiedene Fälle von Polizeigewalt ereigneten sich auf der Polizeiwache Wilcza St. Während der Demonstration konnten wir die Polizei dabei beobachten, wie sie eine LRAD-Anlage [akustische Waffe] in Stellung brachten, deren Einsatz gegen DemonstrantInnen in Polen nicht gestattet ist. Die Polizei benutzte Wasserwerfer, Tränengas und Gewalt und es sollte angemerkt werden, dass die Regierung solche Demonstrationen dazu benutzt, um Gesetze zu verschärfen und die Aufrüstung der Polizei zu rechtfertigen. Die zunehmende repressive Macht des Staates und die Polizeigewalt haben viel mit den Fantasien der Faschist_innen gemein.

Wir kritisieren die Medien für die Veröffentlichung von Falschaussagen des Polizeisprechers Mariusz Sokolowski. Wir wundern uns, dass keine_r der Journalist_innen nach den Waffen gefragt hat, welche die deutschen Protestierenden laut Pressemeldungen bei sich gehabt haben sollen, obwohl doch bei keinem der Verhafteten eine Waffe gefunden worden ist. Wie kann es sein, dass die Busse der Anreisenden dreimal ergebnislos durchsucht worden sind, sie

dann aber, den Worten von Sokolowski zufolge, in Warschau mit Waffen erschienen sein sollen? Will Sokolowski etwa sagen, dass die ausführenden Beamten die Busse mit den Waffen nach Warschau rein ließen? Diese Version der Ereignisse ist sicher unglaubwürdig.

Drittens kritisieren wir das Verhalten der Gruppe Krytyka Polityczna. Als die ausländischen AntifaschistInnen in Nowy Wspanialy Swiat gewesen sind, dem Platz, wo sie verhaftet wurden, sprach ein Mitglied der Gruppe zuerst mit der Polizei und dann mit den Angereisten und versicherte ihnen, dass wenn sie den Ort ruhig verlassen würden, die Polizei lediglich ihre Identität überprüft und sie dann zur Demonstration gehen ließe. Stattdessen wurden sie verhaftet, inhaftiert, bedroht, geschlagen und vor Gericht gestellt. Wenn den Leuten von Krytyka tatsächlich von der Polizei zugesagt worden wäre, dass den angereisten DemonstrantInnen nichts passiert, dann hätte es einen öffentlichen Aufschrei geben müssen, als dies nicht geschah. Stattdessen hören wir Ausreden. Des Weiteren unternahm Krytyka Polityczna alles, um sich von den angereisten DemonstrantInnen zu distanzieren, da die ganzen Ereignisse ihr öffentliches Image ankratzen. Solidarität für die Verhafteten haben sie keine gezeigt. Zuletzt wollen wir unsere entschiedene Ablehnung gegen die Worte des Präsidenten Bronislaw Komorowski über die Anwesenheit deutscher AntifaschistInnen kundtun. Der Präsident verneinte, dass es in Polen ein Problem mit dem Faschismus gibt. Er ging sogar so weit zu behaupten, dass die ONR (Nationalradikales Lager) nicht als faschistische Organisation anzusehen ist. Das zeigt, wie groß das Problem in Polen tatsächlich ist.

Jaroslaw Kaczynski und andere PolitikerInnen bezeichneten die Anwesenheit deutscher AntifaschistInnen in Warschau als Schande für Polen. Sie verloren kein Wort über die große Gruppe angereister Neonazis: Combat 18, Blood and Honor, Jobbik, Forza Nuova, 1389 und UNA-UNSO.

Das neoliberale Establishment, das sich noch während der Regierungszeit von Lech Kaczynski über dessen rechten Tendenzen international echauffierte, wäscht sich rein und weigert sich einzugestehen, dass die heutige Regierung auch nicht viel besser ist. Wir verurteilen all diejenigen, die sich an dem Schweigen beteiligen und Entschuldigungen für die nationalistische Ideologien in Polen vorbringen.

|| ZSP-IAA Warschau

Der Fall „Nation

13 Jahre lang ermordete ein Trio ausländische Kleinunternehmer und legte Bomben in migrantischen Straßenzügen. Nur durch Zufall flog die Gruppe auf, seitdem wird immer deutlicher das sie auf ein gut organisiertes Netzwerk zurückgreifen konnte. Der Verfassungsschutz bestach dabei durch Inkompetenz und offenbart eine enge Verstrickung mit der Neonazi-Szene. Derweil entflammt wieder ein „Aufstand der Anständigen“, jedoch kratzt dieser wieder mal nur an der Oberfläche.

„Ich bin die, die sie suchen“. Mit diesen Worten betrat eine 36-jährige Frau am 8. November eine Polizeiinspektion im thüringischen Jena. Ihr Name: Beate Zschäpe. Der einfache Satz lieferte die Eröffnung zu einem Skandal, mit dem so zuvor nur wenige gerechnet hätten. Eine klandestine Gruppe von Neonazis mordete sich mit Schusswaffen und Sprengstoff jahrelang und unbemerkt durch die Bundesrepublik. 10 Tote und Dutzende Verletzte werden ihnen bis jetzt zur Last gelegt, Dutzende Fälle von Morden und Anschlägen mit rechtem Hintergrund werden momentan untersucht.

Aufgeflogen war die Zwickauer Zelle, nicht etwa durch intensive Ermittlungsarbeit der Behörden, sondern durch puren Zufall. Am 4. November überfielen zwei Männer in Eisenach eine Bank. Wie bei weiteren Banküberfällen in den Jahren zuvor gingen die beiden Täter mit äußerster Brutalität vor und flüchteten anschließend mit Fahrrädern, um kurz darauf spurlos zu verschwinden.

Doch dieses Mal hatten die Ermittler ihre Strategie geändert, anstatt eine „freie Fahndung“ zu veranlassen, schlossen sie einen eng gezogenen Ring um den Tatort, um diesen im Anschluss breitflächig zu durchsuchen. Das erfuhren auch die beiden Täter, die sich unweit des Tatortes in einem Wohnmobil versteckten und höchstwahrscheinlich die anrückenden Einsatzkräfte über abgehörten Polizeifunk bemerkten. Was nun folgte klingt erschreckend, war aber wohl lange zuvor abgesprochen. Die beiden Männer, der 38-jährige Uwe Mundlos und der 34-jährige Uwe Böhnhardt, erschossen sich entweder selbst oder gegenseitig, nachdem sie ein Feuer in dem Wohnmobil gelegt hatten.

Nur kurze Zeit später explodierte im sächsischen Zwickau ein Teil eines Mehrfamilienhauses. Die Bewohner_innen waren

liegen, da einige Mitglieder außerhalb des Mittleren Westens von einem ihrer Meinung nach bestehenden Informationsmangel frustriert waren und viele Mitglieder im Mittleren Westen hatten den Eindruck, sie würden über Gebühr kritisiert, und es werde ihnen vorgeschrieben, was zu tun sei. Schließlich hatten so viele Mails von Mitgliedern außerhalb von Wisconsin und dem Mittleren Westen so wenig mit den Ereignissen vor Ort zu tun, dass die Liste geschlossen wurde.

Während der Ereignisse wurde die Webseite der IWW auf verschiedene Weise genutzt; es wurde generalstrike.iww.org eingerichtet und auch eine Spendenseite, die es möglich machte, eine erhebliche Summe Geld hereinzubekommen. Zusätzlich wurden mehrere Twitter-Accounts und Seiten bei Facebook eingerichtet, um die Agitation zu unterstützen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass der Einsatz der elektronischen Ressourcen unzureichend war. Die Webseite und unsere Internetpräsenz sollte als Agitationswerkzeug angesehen werden, mit einer klaren redaktionellen Linie, ähnlich wie bei der Zeitung, und nicht nur Ablageort für Informationen sein. Es war den Mitgliedern in Madison nicht deutlich, wie sie zur Webseite beitragen konnten, und es dauerte lange, bis agitatorische Materialien (oder Übersetzungen) auf die Webseite kamen. Dies lag mindestens zum Teil in der Verantwortung von vor Ort aktiven Mitgliedern: Berichte über Ereignisse – wie die Soli-Streikposten für entlassene IWW-Mitglieder der Sandwichkette Jimmy John’s, oder zum Forum über den Generalstreik – wurden nicht geschrieben bzw. nur verzögert online gestellt. Dies ist eine verpasste Gelegenheit, da ein bedeutender Faktor der Bewegung gerade ihre Online-Präsenz war – sogar so sehr, dass sie nach dem Twitter-Hashtag „The #wiunion Movement“ genannt wurde.

Kurz nachdem es angefangen hatte zu gären, schrieben zwei Mitglieder aus Madison einen internationalen Appell an andere Organisationen. Zwei IWW-Mitglieder übersetzten zusammen mit GenossInnen aus Europa, die nicht der IWW angehören, diesen Text ins Französische, Spanische, Italienische, Portugiesische und Arabische, um die internationale Verbreitung zu ermöglichen. Ihrer Meinung nach gab es bei dem Text jedoch eine Reihe von Problemen (die möglicherweise mehr auf Hast und Aufregung als auf anderes zurückzuführen sind), so dass sie den Text vor der Übersetzung erheblich überarbeiteten.

Außerdem wendete sich ein Mitglied aus Madison an verschiedene europäische Gewerkschaften mit der Bitte, sie möchten für einen Monat Organisatoren nach Madison schicken, die ihre Erfahrungen aus Generalstreiks bei Vollversammlungen einbringen und weitere Hilfe leisten sollten; ihre Kosten – mit Ausnahme der Reisekosten – würde die IWW tragen. Im Allgemeinen wurden diese Appelle an radikale oder alternative Gewerkschaften geschickt, so wie die CNT und die CGT in Spanien; es kann jedoch sein, dass ein Exemplar auch an die CGT in Frankreich ging, die die größte staatsstützende Gewerkschaft in dem Land ist. Keine der angesprochenen Gewerkschaften ging auf das Angebot ein, obwohl die CNT und andere Sektionen der IAA Kontakt zu uns aufnahmen und Solibriefe schickten. Ohne zu werten, ob dieses Vorhaben sinnvoll war oder nicht, erscheint uns jedoch problematisch, dass es komplett in der Hand dieses Mitglieds in Madison lag, ohne dass eine Diskussion auf Ebene des Ortsvereins oder in der Gesamtorganisation darüber stattfand, ob dies

a) ein angemessener Einsatz von Gewerkschaftsgeldern wäre oder

b) welche Gewerkschaften angesprochen werden sollten und welche nicht.

Ein Faktor, der zum tatsächlichen Einfluss der IWW beitrug, war die Zahl der Mitglieder, die nach Madison kamen, entweder nur für eine Demonstration oder für mehrere Tage. Tatsächlich wurden anfangs die meisten Flugblätter von Mitgliedern von außerhalb verteilt, die auch die meisten Diskussionen mit der Öffentlichkeit führten, und sie erstellten auch rasch eigenes Material, an dessen Zustandekommen die örtlichen Syndikate in Madison nicht beteiligt waren, die außer den Aktivitäten innerhalb von Gewerkschaften und der SCFL bei den Protesten nicht unter der Fahne der IWW sichtbar wurden. Das Wissen, dass diese IWW-Mitglieder kommen würden, ermöglichte uns, Aktionen im Voraus zu planen, wenn wir wussten, dass eine große Anzahl Mitglieder anwesend sein würde. Die große Mehrheit bestand aus Mitgliedern aus Chicago und den Twin Cities (darunter eine Gruppe von Studierenden der Universität Minnesota, die ihre Semesterferien in Madison verbrachten). Aber es kamen auch Mitglieder aus South Carolina, Virginia, Boston, New York, Detroit, Portland und Reno. Viele brachten nützliches Agitationsmaterial, das ihre Ortsvereine beisteuerten. Dies ermöglichte nicht nur einen größeren Einfluss in Madison, sondern dadurch konnten auch viele Mitglieder Erfahrung in der Zusammenarbeit als organisierte Gruppe über dem Niveau der örtlichen Syndikate sammeln und auch aus erster Hand eine groß angelegte Mobilisierung erleben. Einige dieser aus den Twin Cities angereisten Mitglieder arbeiteten mit den bezahlten Organisatoren zusammen, um den

IWW –
Breite gewerkschaftliche Koordination

Eines der positivsten Elemente bei den Aktivitäten der IWW in Wisconsin war das Ausmaß, in dem es der Gewerkschaft möglich war, als koordiniertes Ganzes zu intervenieren. So eifrig die IWW-Mitglieder in Madison sind, ist doch offensichtlich, dass sie eine sehr viel kleinere Wirkung gehabt hätten, wenn der Lokalismus, der die IWW bis vor wenigen Jahren charakterisierte, immer noch vorherrschend wäre. Die Lehren, die die Gewerkschaft aus dem Handeln als koordiniertes Ganzes während kürzlich geführte Kämpfe – vor allem Starbucks und Jimmy John's – ziehen konnte, trugen in Wisconsin Früchte und wurden noch weiterentwickelt.

Kurz nachdem es losging, schrieben einige Mitglieder – die meisten aus den örtlichen Syndikaten der Twin Cities – ein Flugblatt, in dem das Konzept des Generalstreiks erklärt wurde und wie die Arbeiter in Wisconsin diesen organisieren könnten, ohne sich auf die Gewerkschaftsführung zu verlassen. Dieser Text wurde in der primären Agitation während der Ereignisse eingesetzt, obwohl viele weitere Sticker, Poster und Handzettel zu verschiedenen Zeitpunkten zum Einsatz kamen. Er wurde hübsch layoutet und dank einer der IWW angeschlossenen Druckerei in Chicago wurden Tausende von Exemplaren gedruckt. Das Flugblatt war eines der wenigen verfügbaren Teile, das versuchte, praktische Schritte zu erklären, die die Arbeiter in Wisconsin unternehmen könnten, außer an den Protesten teilzunehmen und im besetzten Gebäude des Kapitol zu übernachten. Die Geschwindigkeit, mit der es produziert wurde, und seine hohe Auflage gehörten zu den wichtigsten Gründen, warum die IWW mit solchem Erfolg den Generalstreik zum Thema der öffentlichen Debatte machen konnte.

Die Gewerkschaft als Ganzes konnte sehr schnell viel Geld auf die Beine stellen, indem die Agitation in Wisconsin breit propagiert wurde. Das Geld kam von Mitgliedern und Syndikaten der IWW sowie von Einzelpersonen und Gruppen, die die IWW als die positivste Stimme vor Ort ansahen. Dies ist bereits an sich ein positiver Schritt, der uns ermöglichte, einen viel größeren Einfluss zu erreichen und unsere Aktivitäten auch bei unseren SympathisantInnen zu publizieren sowie auch alle, die nicht nach Wisconsin kommen konnten, wissen zu lassen, dass sie sich auf sinnvolle Weise beteiligten.

Einer der von den Syndikaten in Madison gefassten Beschlüsse war, mit einem Teil dieser Gelder drei Funktionäre für jeweils einen Monat zu bezahlen. Unserer Meinung nach war dies positiv und ermöglichte der Gewerkschaft eine viel größere Wirkung.

Es war auch ein Schritt, mit dem die Gewerkschaft insgesamt nicht viel Erfahrung hat und daher müssen einige Fragen für die Zukunft geklärt werden, zum Beispiel, ob die bezahlten Funktionäre die Gewerkschaft als Ganzes oder die örtlichen Syndikate repräsentieren. Bei den Versammlungen hatten diese Organisatoren Rederecht, aber kein Stimmrecht und sie hatten manchmal den Eindruck, dass von ihnen erwartet wurde, den Initiativen der führenden Mitglieder zu folgen und nicht so sehr, eigene Initiative zu zeigen. Wir möchten nebenher darauf hinweisen, dass wir zwar meinen, dass es positiv ist, Organisatoren unter bestimmten Umständen mit kurzzeitigen Stipendien auszustatten; wir sehen dies aber als weit entfernt von der Möglichkeit, Berufsorganisatoren zu bezahlen, was wir in keiner Weise befürworten. Es war jedoch manchmal festzustellen, dass uns als Vollzeitorganisatoren in einigen Fällen die Arbeit zugeschustert wurde, anstatt dass die Arbeiter vor Ort diese erledigten, wodurch sie auch mehr Erfahrungen hätten sammeln können. Das ist teilweise unsere Schuld. Die wichtigste Aufgabe für jeden Organisator in einer revolutionären Gewerkschaft – besonders diejenigen, die für ihre Arbeit bezahlt werden – ist es, ihre Nachfolger auszubilden, indem sie anderen Mitgliedern helfen, die für Organisatoren nötigen Erfahrungen zu sammeln, so dass insbesondere bezahlte Organisatoren weniger erforderlich sind.

Als die Ereignisse in Wisconsin begannen, tauschten einzelne Mitglieder, die die Ereignisse verfolgten, informell E-Mails aus und sprachen darüber, welche Richtung die IWW einschlagen könne. Als die Intervention der IWW offiziell wurde und ein größeres Ausmaß erreichte, wurde daraus die Mailingliste GSWI (Generalstreik in Wisconsin), die allen Mitgliedern der Gewerkschaft offenstand. Dies ermöglichte einen schnellen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern der örtlichen Syndikate im Mittleren Westen und den Mitgliedern in anderen Teilen der USA und in Kanada. Ab einem gewissen Zeitpunkt kam die Diskussion auf dieser Liste jedoch zum Er-

alsozialistischer Untergrund“

bis zuletzt: Böhnhardt, Mundlos und Beate Zschäpe. Letztere hat, nach momentanem Stand der Ermittlungen, das Feuer in der gemeinsamen Wohnung gelegt, das kurz darauf zur Explosion führte.

Was zunächst nach einem professionellen Bankräuber-Trio aussah, entpuppte sich nach der Durchsuchung des Wohnmobils und der zerstörten Wohnung als Neonazi-Bande, die mutmaßlich für eines der grausamsten Verbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik verantwortlich zeichnet. Im Wrack des ausgebrannten Wohnmobils fanden Ermittler_innen die Dienstwaffe der, 2007 in Heilbronn, ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter. In der großflächig zerstörten Wohnung im sächsischen Zwickau kurz darauf eine Pistole, Modell Ceska, Kaliber 7.65. Untersuchungen identifizieren kurze Zeit darauf diese Waffe als Tatwaffe in einem der blutigsten Serienmorde bisher: den medial so genannten „Döner-Morden“. Von 2004 bis 2006 wurden in verschiedenen Städten 8 türkisch- und 1 griechischstämmiger Einzelhändler in ihren Läden mit mehreren Schüssen in den Kopf hingerichtet. Auch werden in den nächsten Tagen mehrere Einsatzwerkzeuge der ermoderten Polizistin und ihres schwer verletzten Kollegen gefunden, sowie die zweite benutzte Tatwaffe.

Die Motivation der Täter wird schnell klar. In den Trümmern des Wohnhauses, sowie bei einigen Vertretern von Presse und Politik, werden DVDs gefunden, mit einem 15-minütigen Film des „Nationalsozialistischen Untergrundes“. Inhalt des Filmes ist ein Zusammenschnitt aus Szenen der Zeichentrickserie „Der rosarote Panther“ mit eigenen, eingeschnittenen Szenen. Unter anderem Bilder von drei der ermordeten Einzelhändler, Presseaufnahmen von der Beerdigung der erschossenen Polizistin, Aufnahmen des Nagelbombenanschlags 2004 in Köln sowie kurze prägnante Botschaften.

Zunächst sieht alles nach einer kleinen, abgeschotteten Truppe aus, doch schnell wird klar: Das Trio hatte Unterstützer. Zunächst wird Holger G. im niedersächsischen Lauenau festgenommen. Er soll der Zwickauer Zelle seit 2007 seinen Reisepass und seinen Führerschein zur Verfügung gestellt haben und darüber hinaus mehrere Wohnmobile angemietet und den dreien überlassen haben. Unter anderem auch das Wohnmobil, das bei der Ermordung der Polizistin in Heilbronn genutzt wurde.i

Ein weiterer Unterstützer war Matthias D. Der 34-jährige aus dem sächsischen Johanngeorgenstadt hat nach Angaben der Ermittler ebenfalls dem Trio seinen Personalausweis zur Verfügung gestellt und ihnen besagte Wohnung in Zwickau 2008 überlassen und weiterhin die Miete dafür gezahlt haben.

Auch bei der Erstellung des Bekennervideos hatten die Drei offenbar Unterstützung. Aktuell wird gegen das Ehepaar André und Susann E. ermittelt. Zudem hatten beide dem Trio wohl jahrelang ihre Bahncards überlassen.ii

Weitere Unterstützer werden zur Zeit in Jena, Zwickau, Altenburg, Göttingen, Potsdam und dem Großraum Hannover vermutet. Unabhängig davon, wie viele Unterstützer_innen die Zwickauer Zelle schlussendlich hatte, klar ist schon jetzt: Sie operierten nicht vollkommen abgeschottet von der Außenwelt, sie hatten regelmäßige Kontakte und Unterstützer, quer durch die gesamte Republik.

Spontane Erweckung?

Die Taten, besser gesagt die Täter_innen fielen nicht aus heiterem Himmel in den braunen Sumpf. Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt bewegten sich viele Jahre in offen neonazistischen Kreisen, bevor sie 1998 den Schritt in die Illegalität gingen und bis zu ihrer Enttarnung vor einigen Wochen offenbar unerkannt im Untergrund verbrachten.

Alle 3 waren Mitglieder der, laut Aussagen von (ehemaligen) Kamerad_innen sehr geschlossenen, äußerst gewaltbereiten, „Kameradschaft Jena“ und des „Thüringer Heimatschutzes“ (THS), ebenfalls einer militanten Neonazi-Kameradschaft.

Dort begannen sie bereits 1996 mit militanten Aktionen. Beate Zschäpe mietete in diesem Jahr unter ihrem Namen eine Garage in Jena an, in der Ermittler zwei Jahre später Sprengstoff, sowie mehrere funktionstüchtige Rohrbomben finden sollten. In die Öffentlichkeit trat das Trio erstmals vermutlich einige Monate später, als vor dem Ernst-Abbe-Stadion in Jena eine Holzkiste, verziert mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift „Bombe“ gefunden wird. Zwar ist die Kiste noch leer,

den folgenden Schritt holen die Neonazis jedoch schon im Jahr darauf nach, als im September ein rot lackierter Koffer, ebenfalls mit Hakenkreuzen auf weißem Grund bemalt, vor dem Jenaer Theater gefunden wird. Inhalt diesmal: 10 Gramm TNT. Jedoch noch ohne Zünder.

Die Aktivitäten blieben zunächst nicht lange unbemerkt. 1998 durchsuchten Ermittler nach einem Hinweis des Verfassungsschutzes die Wohnungen der drei sowie die von Zschäpe angemietete Garage. Doch schon hier patzten die Ermittler_innen bereits das erste Mal. Anstatt die drei, wie bei einem Hinweis auf Sprengstoffattentate durchaus üblich, vorläufig festzunehmen, wurden ihnen nur die Beschlüsse zur Durchsuchung zugestellt. Anschließend konnten die bis dato nur Verdächtigen sich ohne Widerstand absetzen, was auch alle drei taten. Nach dem Sprengstofffund in besagter Garage wurde zwar zeitnah ein Haftbefehl gegen Zschäpe, Mundlos und Böhnhard erlassen. Vollstreckt werden konnte dieser jedoch nie, das Trio hatte sich bereits abgesetzt und zu diesem Zeitpunkt scheinbar schon entschieden aus dem Untergrund, jedenfalls freiwillig, nicht mehr aufzutauchen. iii

Bereits zu diesem Zeitpunkt genossen die drei ein nicht unerhebliches Ansehen in der Neonaziszene. Die Neonazi Band „Eichenlaub“ widmete dem Trio mit „Warum?“ den schnulzigen Soundtrack zum Abgang.iv

Verfassungssch(m)utz

Nachdem die Terrorzelle enttarnt wurde und das Netz der Unterstützer fast täglich breiter wird, wurde schnell Unmut über die Sicherheitsbehörden, besonders über die Länderbehörden für Verfassungsschutz und das entsprechende Pandon auf Bundesebene laut. Ist es doch, so sollte man meinen, die erklärte Aufgabe von Inlandsgeheimdienst und den Staatsschutz-Abteilungen der Kriminalämter terroristische Organisierungen früh und möglichst vor konkreten Anschlägen zu erkennen.

Jedoch zeigt sich in diesem Fall erfreulich deutlich und medial wahrnehmbar, was viele Aktivist_innen aus linken Bewegungen schon lange wussten: Der Verfassungsschutz ist auf dem rechten Auge blind. Die Weichen dorthin, wurden schon bei der Gründung des Inlandsgeheimdienst 1950 in Köln gestellt. So fanden viele Nazikader aus der NS-Zeit, die sich schon dort als Schnüffler, Folterer und Spitzel verdingten, im frisch gegründeten VS eine „zweite Karriere“.

Recherchen des Historikers Patrick Wagner zufolge, tummelten sich Alt-Nazis besonders in der Abteilung IV, der Spionageabwehr. 3 von 12 Gruppenleitern und Referenten und 7 der 51 Sachbearbeiter waren noch im Jahr 1963 ehemalige Mitarbeiter von Gestapo und Sicherheitsdienst.v

Auch heute machen einige Mitarbeiter_innen des Verfassungsschutzes keinen Hehl aus ihrer rechten Einstellung. Während den Ermittlungen zum Nationalsozialistischen Untergrund beispielsweise wurde der Fall des „kleinen Adolf“ bekannt. So wurde der Beamte des hessischen Verfassungsschutzes in seinem Heimatort genannt, der während des Mordes des NSU am türkischstämmigen Internetcafé-Besitzer Halit Yozgat 2006 in Kassel anwesend war, was er jedoch erst nach intensiven Ermittlungen zugab. Gegen ihn wurde kurz nach seiner Identifizierung am Tatort wegen konkreten Tatverdachts ermittelt, jedoch fehlten hier Beweise. Bei einer Hausdurchsuchung wurden mehrere neonazistische Propagandaschriften gefunden, unter anderem Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf“.vi

Oder der ehemaligen Präsidenten des thüringischen Verfassungsschutzes, Helmut Roewer. Dieser hielt sich, gerüchteweise, ein eigenes kleines Netz von Spitzeln in der rechten Szene (so genannte V-Männer). Der Mann, der in seiner Amtszeit auch mal mit Pickelhaube auf offiziellen Veranstaltungen auftrat und Videos „gegen Extremismus“ produzierte, in denen Neonazis eine Bühne geboten wurde um ihre „Gewaltlosigkeit“ zu propagieren, stürzte 2000 über mehrere Affären. Beispielsweise gestand im selben Jahr der Neonazi-Aktivist Thomas Dienel jahrelang für den thüringischen Verfassungsschutz gespitzelt und mit den etwa 25.000 Mark „Gehalt“ für seine Tätigkeiten, rechtes Propagandamaterial finanziert zu haben.vii

Ohnehin ist die Praxis der „Vertrauens-Männer“, wie V-Männer im offiziellen Behördendeutsch heißen, schlussendlich nichts anderes als eine indirekte Finanzierung neonazistischer Strukturen durch die Sicherheitsbehörden. V-Leute bekleiden oft hochrangige Posten innerhalb rechter Kreise, deshalb gelten ihre Informationen als „notwendig“ für Gefahrenanalysen, dementsprechend lange dauert ihr Spitzeleinsatz. Anstatt solchen Kadern einen einfachen und gesicherten Ausstieg zu ermöglichen, bewegen sie sich weiterhin und oft noch jahrelang in ihren gefestigten Strukturen, verbreiten weiterhin menschenverachtende Weltanschauungen und begehen weiterhin Übergriffe und sonstige Straftaten. Nur das sie zusätzlich ein, oft nicht unerhebliches, Gehalt durch den VS erhalten. Dies kommt natürlich in Teilen wieder dem neonazistischen Umfeld des Spitzels zugute.

an einem Plan, wie es anders weitergehen kann. Ohne Privatraum, aber unter anderen Vorzeichen. Ebenfalls umstritten ist die Bewertung des Begriffs „offen“ ausgefallen. Manche wünschen sich für ihren nächsten Wohnraum wieder ein Hausrecht zurück, andere präferieren den Begriff „verantwortungsvollen“ oder „selbst organisierten“ Raum, um klarer die Gründe darzustellen, aus denen sie einen Raum zur Verfügung stellen.

Die „Küche für alle“

Die KüFa erblickte zum ersten mal das Licht der Welt im letzten Sommer bei einer kleineren Aktion unter dem Titel ‚Campen gegen Stuttgart21’, in dem sie mit geliehenen Töpfen und Kochern 70 Aktivist_innen mit leckerem veganem Essen versorgte, während diese im Stuttgarter Schlosspark übernachteten und ihre Zelte von Polizeihundertschaften geräumt wurden. Allmählich baute sie ihr Equipment aus und mit stets wechselnder Besetzung bekochte sie nicht nur zwei Monate lang die Montagsdemos gegen Stuttgart21.

Sie verköstigte auch 600 Teilnehmer_innen des Camps gegen Stuttgart21 sowie die Menschenkette gegen Atomkraft nach dem GAU in Fukushima. Die KüFa wird auch weiterhin existieren und ist eines der Projekte der ProWe das als rundum gelungen angesehen werden darf.

Zur Miete

Der Hauptgrund, warum die ProWe in ihrer heutigen Form aufgelöst wird, ist das Scheitern des Finanzierungskonzeptes. Zu wenig Bewohner_innen, die in der Lage waren regelmäßig Miete zu zahlen, und zu wenige Veranstaltungen, die Geld einbrachten, sind als Hauptkritikpunkte zu sehen. Besonders bitter ist die feste Zusage einzelner Kommunard_innen einen bestimmten Betrag zu zahlen, dem dann aber nicht nachgekommen wurde. Viele reisende Aktivist_innen haben Nichts zum Erhalt ihrer (teilweise) festen Anreisestation ProWe Stuttgart beigetragen, so dass die gesamte finanzielle Last von fast 3000 Euro im Monat an den (zeitweise) 5 – 6 festen Bewohner_innen lag. Dies konnte auf die Dauer nicht gut gehen. Für eine genauere Reflexion siehe projektwerkstatt-stuttgart.de in den nächsten Monaten.

An dieser Stelle sei aber noch einmal gesagt: Linksradikale Projekte bewegen sich im Kapitalismus immer in Widersprüchen und bekommen diese zu spüren. Selbst der Verwertungslogik unterworfen zu sein, ist kein gewählter Teil des Projekts, sondern bittere Realität. Es kann also nicht oft genug gesagt werden: Ziel kann es nicht sein, alle Ansätze linksradikaler Politik und -Wohnformen auf Verwertbarkeit zu überprüfen oder anhand von Finanzierbarkeit zu selektieren. Das finanzielle Scheitern der ProWe ist nicht nur bei Kommunard_innen zu suchen, sondern innerhalb einer Logik, die jedes Projekt und Lebensabschnitt von Menschen zu einem degradiert, das wirtschaftlich sein muss. Es kann nur um eines gehen: Die Überwindung des Kapitalismus!

Zum Abschluss und wie es weitergeht

la lotta continua

Die Projektwerkstatt Stuttgart war selbst ein Projekt. Es hat uns in vielem weitergebracht: All die Veranstaltungen und die Agitation waren nicht umsonst – sie haben ihre Wirkung erzielt, egal ob es das Projekt weiterhin geben wird oder nicht. Viele Projekte wie die KüFa oder die Leihbücherei wird es weiterhin geben. Wurden wir zwar immer wieder desillusioniert, was die Bereitschaft angeht, langfristig Verantwortung für Projekte zu übernehmen, hat uns die spontane Solidarität von Menschen immer wieder überrascht, fasziniert und begeistert. So blieb ein Genosse aus Dänemark kurzerhand drei Tage länger in Stuttgart, um uns beim Kochen für 600 Menschen zu helfen.

Gescheitert ist vor allem der Versuch einen offenen, funktionellen Wohnraum in dieser Form alleine über Mieten zu finanzieren. Daraus werden für zukünftige Projekte Konsequenzen gezogen werden. Die Kommunard_innen haben für sich ganz verschiedene Konsequenzen gezogen. Manche deuten einen Rückzug ins Private an, andere flüchten nach vorne: Bereits seit Wochen findet in der Projektwerkstatt eine Organisationsdebatte statt. Aus ihr wird über kurz oder lang auch eine neue politische Gruppe erwachsen. Aber nicht nur eine neue politische Organisation wird angestrebt. Nach wie vor suchen wir auch nach Möglichkeiten Veranstaltungsräume, linke Kultur und Treffpunkte zu schaffen. Nichts bleibt, wie es ist, aber:

Der Kampf geht weiter
Sowieso

fohlener Preise von 1 Euro pro 0,5 Liter Glas waren, nachdem über die Hälfte unsere Bestände aufgebraucht waren, gerade einmal knapp die Kosten gedeckt.

Es gab monatliche Einnahmen-Ausgaben-Abrechnungen, die transparent machten, wie die Saftbar finanziell steht. Wenn der ausgehängte Zettel darauf hinwies, dass zuletzt Verluste gemacht wurden, war die Spendenbereitschaft höher und im Folgemonat konnten kleine Überschüsse eingenommen werden. Wenn im Folgemonat verkündet wurde, dass sich die Saftbar momentan selbst trägt und das auch weiterhin tun wird, wenn die Menschen bereit sind, weiterhin ein wenig zu spenden, wurden wieder riesige Finanzierungslöcher in die Kasse der Saftbar gerissen. Nach einem beständigen Auf und Ab, resümierte der Genosse, dass er nicht mehr motiviert war, für seine Mitbewohner_innen zwei Mal die Woche Getränke einzukaufen, wenn dies keine darüber hinaus wirkenden politischen Auswirkungen hat, als dass er dies tat. Die Idee, mit der Saftbar die ProWe oder andere Projekte mit zu finanzieren, war gestorben, die Saftbar wurde eingemottet, die Menschen kauften sich abends wieder ihre Getränke im ReWe selbst. Die Flaschen mit auf das Etikett geschriebenem Namen nahmen zu.

Die Leihbücherei

Mit knappen 1000 Büchern zogen wir in die ProWe, mit etwa knapp doppelt so vielen werden wir sie wieder verlassen. Egal, ob die gesammelten Werke von Marx/Engels, Lenin, Stalin, Mao, Mehring, Brecht oder die Ausgewählten von Bebel, Zetkin, ob anarchistische Literatur, zapatistische oder feministische; in der GEGEN_KULTUR-Leihbücherei ist sie zu finden. Obwohl Genoss_innen in monatelanger Arbeit jeden Titel in einem Computer speicherten, archivierten, per Stichwortsuche zugänglich machten und es so für Nutzer_innen der Bücherei sehr einfach gemacht haben, Bücher zu bestimmten Themen zu finden, wurde diese Arbeit oft nicht respektiert. Alle zwei Wochen ist kaum ein Buch an dem Platz zu finden, wo es eigentlich hingehört. Des Weiteren überfordert es auch viele Nutzer_innen, einen vollständigen Namen in die Ausleihleiste zu schreiben sowie eine Möglichkeit sie zu erreichen (um Bücher zurück zu fordern die nicht zurück gebracht werden). „Freund von Thomas“ etc. sind KEINE vollständigen Namen. Trotz Problemen und ca. 40 geklauten Büchern in einem Jahr wird die GEGEN_KULTUR-Leihbücherei weiterhin bestehen bleiben. Nach dem Ende der Projektwerkstatt wird sie in anderen Räumlichkeiten weiter zugänglich bleiben. Die Gruppe, welche sich weiter um die Pflege der Bücherei kümmert, hat Konsequenzen aus den Erfahrungswerten gezogen und es wird einige Änderungen im Konzept geben.

Das Büro

Ein offenes Büro muss Vieles meistern. Da Computer manchmal von anderen Nutzer_innen belegt sind, mensch selbst allerdings zuvor an diesem gearbeitet hat, richteten wir einen Server ein, auf dem zentral alle Daten gespeichert waren. Mit Plakaten versuchten wir den Nutzer_innen zu erklären, wie anonymes Surfen funktioniert und welche Daten nicht auf öffentlich nutzbare Computer gehören. Die meisten Commons wurden pfleglich behandelt, und es kann durchaus von einem allgemeinen, verantwortungsvollen Umgang mit den technischen Geräten gesprochen werden. Die bittere Pille folgte zum Ende: Der GEGEN_KULTUR-Verlagslaptop und eine Gemeingut-Spiegelreflexkamera wurden im August geklaut.

Die Fahrräder

Sieben Fahrräder wurden vom Schrottplatz geholt und wieder fahrtüchtig gemacht. Damit sie für uns immer gut erkennbar sind, wurden alle in einem schicken giftgrünem Ton lackiert. Alle wurden mit einem Zahlenschloss mit derselben Nummer ausgerüstet, und wir hatten so die Möglichkeit, die Fahrräder gemeinsam zu nutzen. Den Sommer über funktionierte die gemeinsame Nutzung und Pflege der Fahrräder. Die Bilanz ist dennoch mehr als ernüchternd. Die Fahrräder wurden im Frühling besorgt. Jetzt, Anfang Herbst, ist nicht ein Fahrrad mehr Teil der ProWe. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Ist in einem Fall klar, dass der Nutzer schlicht keine Verantwortung für das Fahrrad übernommen hat („Ich weiß nicht mehr, wo ich es hingestellt habe“), vermuten wir auch, dass Fahrräder ganz einfach geklaut wurden. Grund dafür war möglicherweise auch ein (kurzzeitiger) Mitbewohner, der der Ansicht war, dass Schlösser per se unemanzipatorisch seien. Ein Genosse arbeitet allerdings gerade an einer technischen Lösung, um Fahrräder kollektiv zu nutzten und bei ihrem Verlust dennoch den Standort ermitteln zu können. Die Idee, Fahrräder als Commons zu nutzen, ist für uns nicht per se gescheitert. Für uns sicher ist nur die Notwendigkeit, Vereinbarungen klarer zu treffen und auf ihre Einhaltung zu bestehen.

Der Wohnraum

An dieser Stelle ist das Thema Wohnraum kaum erschöpfend zu analysieren. Wir arbeiten gerade an einer größeren Reflexion, die im Laufe der nächsten Monate abgeschlossen und veröffentlicht wird. An dieser Stelle ist nur zu sagen, dass Leben ohne Privatraum uns alle an Grenzen unserer eigenen Sozialisation geführt hat. Haben manche die Konsequenz daraus gezogen, wieder in ein eigenes Zimmer ziehen zu wollen, arbeiten viele der ehemaligen Kommunard_innen gerade

Beispielsweise baute Tino Brandt den Thüringischen Heimatschutz auch mit Geldern des Verfassungsschutzes auf. Bis zu seiner Enttarnung 2001 kassierte er, unter seinem Decknamen „Otto“, laut Eigenaussage etwa 200.000 Mark, von denen Teile in den Aufbau der Nazi-Organisation flossen, in der auch die späteren Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds aktiv waren.viii

RAF in Braun?

Von Seiten der Sicherheitsbehörden und auch der Politik, wurde jahrzehntelang die Gefahr von organisierten Neonazis beharrlich ignoriert, obwohl es in der Vergangenheit zahlreiche Gewalttaten, Waffenfunde und offen bekannte terroristische Zusammenschlüsse von Nazis gab. Beispielsweise die „Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann“ Mitte der 70er, die „Deutschen Aktionsgruppen“ Anfang der 80er, oder die „Kameradschaft Süd“ ab 2001.

In den letzten Jahren wurde nicht nur ständig die Gefahr von rechten Anschlägen oder Morden kleingeredet oder geleugnet – obwohl sie nachweislich stattfanden – sondern der Fokus von rechts (sofern er jemals darauf lag) medial begleitet auf Islamismus und „Linksextremismus“ gelegt. So sprach der Chef des Bundeskriminalamtes noch 2 Wochen vor Bekanntwerden der NSU davon das etwa die Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel zur Bekämpfung des „Phänomenbereichs Islamismus“ eingesetzt würden. Daneben war eine beachtliche Konzentration auf – vermeintlich – linke Gewalt festzustellen. Dies wurde ideologisch unterfüttert durch die so genannte „Extremismustheorie“, maßgeblich entwickelt durch die Politikwissenschaftliche Eckhard Jesse und Uwe Backes und praktisch durch eine Vielzahl von Beschränkungen, Verschiebungen und Neueinrichtungen ergänzt. Zu nennen sind beispielsweise die Extremismusklausel, die antifaschistisch und / oder sozial engagierten Vereinen und Organisationen die Distanzierung von – vermeintlich – „linksextremistischen“ Elementen abnötigt. Oder allerlei skurrile Einrichtungen, wie dem „Aussteigerprogramm für Linksextremisten“ mit 24-stündigem Notruftelefon.

Gleichzeitig wirkt es wie blanker Hohn das der NSU, allen potenziellen Überwachungsmaßnahmen zum Trotz über 13 Jahre unbehelligt im Untergrund agieren konnte, während beispielsweise in Dresden im vergangen Jahr die ganze Bandbreite

an Überwachungstechnologie und Repressionsmethoden gegen geringfügigste Straftaten bzw. Ordnungswidrigkeiten zum Einsatz kam. Auch über Kompetenzgerangel oder Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit konnte hier nicht die Rede sein, die Dresdner Staatsanwaltschaft zog in den Folgemonaten munter durch die Republik, um mehrere Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und DNA Überprüfungen durchzuführen. Gleichzeitig wird gegen eine Reihe von linken Aktivist_innen wegen §129 ermittelt.

Der bayrische Innenminister Joachim Herrmann bringt es dann auf den Punkt, wenn er als Kommentar zum Nationalsozialistischen Untergrund verlauten lässt „das [die Tat] bedeutet, dass wir generell den gesamten extremistischen Bereich immer mit großer Konsequenz beobachten und gegebenenfalls auch überwachen müssen". Dazu sei erwähnt, dass diese Stellungnahme auf eine Nachfrage geäußert wurde. Der eigentliche Auftritt des Innenministers galt dem antifaschistischen Archiv „a.i.d.a" und sollte rechtfertigen, wieso der Verein erneut als „linksextremistisch" im Verfassungsschutzbericht Erwähnung findet. Somit wird, selbst bei einer so offensichtlich zur Schau gestellten Differenz zwischen linken und rechten Handlungsweisen, erneut die Extremismuskeule geschwungen und beide Seiten als Extrem, der ansonsten „guten, bürgerlichen Mitte" verdammt.

Dabei sind es oft die, als „linksextremistisch" gescholtenen, Vereine und Gruppen, die die Arbeit leisten, zu der sich die bürgerliche Mitte, oder genauer gesagt die staatlichen Sicherheitsbehörden scheinbar nicht in der Lage sehen, wie beispielsweise 2009, als erst Recherchen der Autonomen Antifa Freiburg einen geplanten Sprengstoffanschlag eines JN-Stützpunktleiters auf das autonome Zentrum „KTS" aufdeckten, worauf Polizei und Staatsanwaltschaft aktiv wurden.

In dieselbe Kerbe schlägt die mediale Berichterstattung. Neben den neutralen Titeln „Nationalsozialistischer Untergrund" oder „Zwickauer Zelle" bestimmt vor allem die Bezeichnung „Braune Armee Fraktion" die Berichterstattung über das Trio und seinen Unterstützerkreis, als offensichtliche Anlehnung an die „Rote Armee Fraktion" (RAF). So kritikwürdig die Aktionen und Anschläge der RAF auch waren, so lassen sich beide Fraktionen ideologisch und auch in der konkreten Tatausführung maximal vergleichen, aber auf keinen Fall gleichsetzen. Wichtig ist auch nicht eine Rechtfertigung oder Verdammung der RAF-Aktionen, die im Übrigen schon mehrere Jahrzehnte zurückliegen, sondern der Hintergrund der aktuellen Betitelung: wiederum eine Gleichsetzung zwischen Rechts und Links.

Weltoffenheit – bis zur letzten Patrone

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte, die Zwickauer Zelle „hat uns brutal vor Augen geführt, dass es auch ein hohes Maß an rechtsterroristischer Gefahr gibt, das wir uns bislang so nicht haben vorstellen können."ix Die Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte die Taten „eine Schande für unser Land".x

Eine Schande, soviel muss man der Kanzlerin zugestehen, ist es durchaus. Aber nicht die Taten an sich, so verabscheuungswürdig und ekelhaft sie auch sind. Eine Schande ist vielmehr die Heuchelei, mit der der Terror aus Seiten von Sicherheitsbehörden und Politik kommentiert wird, wie die Verantwortung nun von Behörde zu Behörde geschoben wird und die Zwickauer Zelle als nicht wahrnehmbar galt und rechte Gewalt allgemein, fast schon als neues Phänomen erscheint.

Dabei genügt ein winziger Blick auf die Statistik, der bekannten Mordopfer rechter Gewalt, um sich ein Bild von der Verfasstheit der Republik zu machen. Natürlich gilt dies nur für unabhängige Statistiken. Die Initiative „Mut gegen rechte Gewalt" führt seit Jahren eine Statistik über Opfer rechter bzw. neonazistischer Übergriffe und Anschlägen und hat vor einigen Tagen eine überarbeitete Version vorgelegt, in der nun die Rede von 182 Todeopfern seit 1990 ist.xi Eine ernorme Diskrepanz zu der offiziellen Statistik des Bundes, die gerade einmal 47 Todesfälle erwähnt. So gibt selbst die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken zur genannten Statistik zu das „die Tatsache, dass ein Täter oder Tatverdächtiger aus dem rechten Milieu stammt, […] aus Sicht der Bundesregierung allein nicht aus[reicht], um ein Delikt als rechtsextremistisch motiviert zu bewerten und entsprechend als Fall ‚Politisch motivierte Kriminalität' (PMK) zu klassifizieren".xii

So erscheint es fast als notwendig, das Täter_innen rechter Straftaten ein umfangreiches Geständnis mit dem Satz „Ja ich habe es getan, weil ich Nazi bin." abschließen, damit die Tat in der offiziellen Statistik Erwähnung findet. Neben der Spitze des Eisberges, den oben genannten Todesfällen, ist es oft der alltägliche Rassismus, der den Alltag in Deutschland bestimmt. Auch der Fall des NSU zeigt deutlich, wie es um die weltoffene Bundesrepublik bestellt ist.

In dem letzten Jahr haben wir geleuchtet. Wir haben Vorträge über die direkte Aktion veranstaltet, Workshops zu gewaltfreier Kommunikation abgehalten, eine Volxküche mit Töpfen, Tassen und Tellern für 600 Personen organisiert, über 2000 Bücher und Zeitschriften archiviert, gesammelt und zum Lesen bereitgestellt, einen Kapitallesekreis begonnen, unzählige Debatten geführt, Baustellen gestürmt, Feste gefeiert, den Kommunismus propagiert und manches Mal ein kleines Stück Anarchie gelebt.

In dem letzten Jahr haben manche von uns keine Kraft mehr gehabt und sind ausgezogen. Manche wurden von der Polizei fotografiert, ihre Fingerabdrücke genommen, sie wurden auf Listen geschrieben, vor Gericht gestellt, verurteilt, wieder angeklagt und wieder verurteilt. Viele haben mehr gearbeitet als sie wollten, um die Miete aufzutreiben, andere haben Bücher und andere Gemeingüter geklaut. Wir haben uns gestritten, haben uns ins Private zurückgezogen und sind oft an die Grenzen unserer eigenen Sozialisation gestoßen.

Auf die Frage, ob die Projektwerkstatt gescheitert ist, können wir nicht antworten. Hätte sie nur ein einzelnes Ziel gehabt, könnten wir sie daran messen. Aber das hatte sie nicht. Wir haben den großen Wurf gewagt. Vieles wurde probiert, manches hat sich bewährt, anderes nicht. Im Folgenden versuchen wir eine erste grobe Reflexion einzelner Ansätze, um dann die Projektwerkstatt noch einmal im Ganzen zu betrachten.

Die Ansätze

- Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen -
Helmut Schmidt
- Wer keine Visionen hat, soll zur SPD gehen -
Sozialistische Initiative Berlin-Schönau

Wir wollten keinen Privatraum mehr, der uns nur vereinzelt und voneinander trennt. Also haben wir gemeinsame Schlafräume eingerichtet. Wir wollten keine Menschen ausschließen, also haben wir unsere Tür in einjährigem Bestehen nur einmal! abgeschlossen: Zu Silvester, als alle aus dem Haus waren und wir Angst hatten, dass ein paar Betrunkene unsere Leihbücherei als interessanten Ort für ihre Böller entdecken könnten. Miete sollte solidarisch aufgebracht werden: Jede_r nach seinen Fähigkeiten und seinen/ihren Bedürfnissen.

Die Leihbücherei sollte allen zugänglich sein. Keine Ausleihgebühren oder Ähnliches. Arbeitsmaterial sollte gemeinsam genutzt werden, eine Spiegelreflexkamera, ein Laptop, vier Computer, 3 Drucker, Scanner, Mikrophone, Diktiergerät und Videokamera wurden kollektiviert. Sieben Fahrräder wurden vom Schrottplatz geholt, repariert, angesprayt und vergemeinschaftet. Eine Saftbar wurde im Eingang vor dem Veranstaltungsraum eingerichtet und die Getränkeeinnahmen sollten andere Projekte fördern. Der Veranstaltungsraum sollte mit einem Terminkalender ausgerüstet für jede_n nutzbar sein, der sich einträgt, um Doppelbelegungen unmöglich zu machen.

Die Erfahrungswerte nach einem Jahr

Der Veranstaltungsraum

Der Veranstaltungsraum wurde jeden Mittwoch für das hausinterne Plenum genutzt und jeden Donnerstag für das Plenum von Robin Wood Stuttgart. Auch wenn wir uns oft mehr Veranstaltungen bei uns gewünscht hätten: Wenig ist in diesem Jahr Projektwerkstatt nicht passiert.

Eine irische Genossin berichtete von der Kampagne Shell2Sea, es gab Prozesstrainings, Treffen der Theoriegruppe gegen Stuttgart 21, Tanz- und Filmabende, Vorträge zur Kritik der bolschewistischen Wirtschaft, Gruppen wie Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen nutzten die Räumlichkeiten wie auch autonome Aktivist_innen.

Es ist wichtig, für die Bewegung offene Räume zur Verfügung zu stellen, die genutzt werden können ohne lange Anmeldephase. Ebenfalls war es für viele kleine Veranstaltungen wichtig, dass kein Geld bezahlt werden musste, um unseren Veranstaltungsraum zu nutzten. Somit blieb seine Finanzierung (ca. 300 Euro im Monat) immer Sache der Festbewohner_innen. Sie zahlten diesen im Stillen immer mit.

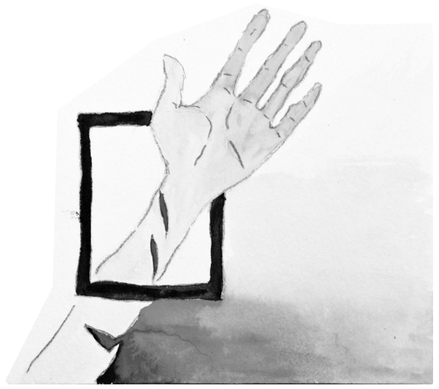
Die Saftbar

aben wir uns von Anfang an dafür entschieden, keinen Alkohol in der ProWe zu lagern. Also gab es verschiedene Säfte und Limonaden in der Bar. Besorgt und organisiert von einem Genossen alleine war dieser auch bald am Rande der Verzweiflung. Trotz unglaublich geringer Selbstkosten (1 Liter Saft für weniger als 70 Cent und 1,5 Liter Cola für 35 Cent) und emp-

Reflexionen aus einer beschädigten Utopie

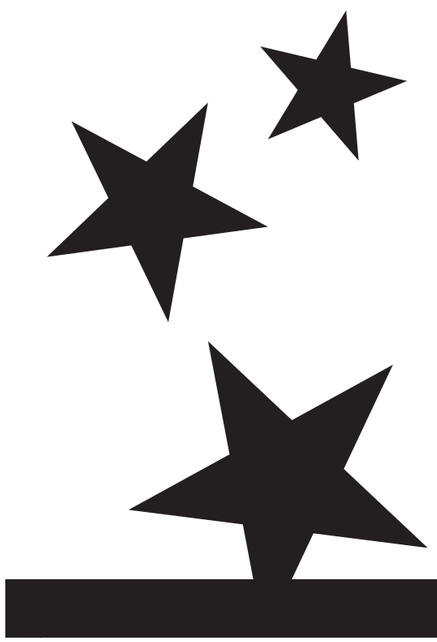
Aus: *linksunten.indymedia.org/de/node/47111*

Betrachtungen nach einem Jahr Projektwerkstatt



Die Projektwerkstatt Stuttgart schließt Ende Oktober nach einem Jahr Bestehen. Im Folgenden versuchen wir eine erste Reflexion. Eine ausführliche Reflexion der Projektwerkstatt wird in den nächsten Monaten als Broschüre im GEGEN_KULTUR-Verlag erscheinen. Zu unserer Abschlussfeier haben wir auf fünf Seiten versucht, unsere politische Arbeit in der ProWe zusammenzufassen.

Wir wollen damit Genoss_innen transparent machen, wo Fehler gemacht wurden, und ähnlichen Projekten vielleicht bei der eigenen Selbstreflexion unterstützen.



Auch ungelebtes Leben
geht zu Ende
zwar vielleicht langsamer
wie eine Batterie
in einer Taschenlampe
die keiner benutzt
Aber es hilft nicht viel:
Wenn man
(sagen wir einmal)
diese Taschenlampe
nach so- und sovielen Jahren
anknipsen will
kommt kein Atemzug Licht mehr heraus
und wenn du sie aufmachst
findest du nur deine Knochen
und falls du Pech hast
auch diese
schon ganz zerfressen
Da hättest du
genau so gut
leuchten können

- Erich Fried

Die Mordserie an den 8 türkisch- und einem griechischstämmigen Kleinunternehmern wurde medial unter dem griffigen Titel „Döner-Morde“ zusammengefasst, obwohl nur 2 der 9 ermordeten Männer in einem Döner-Laden gearbeitet hatten. Die anderen betrieben oder arbeiteten in einem Internetcafé, einem Schlüsseldienst, einem Gemüsehandel oder einer Schneiderei. Stefan Kuzmany fasste in einem Kommentar auf ‚Spiegel Online’ in – für das Portal – bemerkenswerter Deutlichkeit zusammen, wieso die Begrifflichkeit „Döner-Morde“ den latenten Rassismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft in dreifacher Weise reproduziert:

„Zunächst bedeuten ‚Döner-Morde’ eine herablassende Gleichsetzung und Entmenschlichung: Die Opfer werden allesamt zum ‚Döner’ gemacht, als hätten sie keine Namen, als hätten sie keine Berufe. Man stelle sich eine ähnliche Mordserie mit vornehmlich italienischen Opfern vor – würden wir sie dann ‚Spaghetti-Morde’ nennen? Und welch Aufschrei ginge durch Politik und Presse, würden in der Türkei serienmäßig deutsche Staatsbürger ermordet und man spräche dort von ‚Kartoffel-, oder ‚Sauerkraut-Morden’? Kaum auszudenken.

Zum Zweiten bedient der Begriff das Klischee der Ausländerkriminalität. Mit der Aufklärung der Mordserie beschäftigt war eine Polizeikommission unter dem bezeichnenden Namen ‚Bosporus’, und deren lange gehegte Täter-Theorie, wie auch die der Presse, war vermeintlich naheliegend: Irgendwelche organisierten Kriminellen aus der Türkei oder sonst woher hätten da wohl ihre Schutzgeld- und/oder Drogenstreitigkeiten blutig ausgetragen. Die Opfer seien irgendwie in finstere Machenschaften verwickelt gewesen, und dass man dieses Netz finsterer Machenschaften nicht zu identifizieren vermochte, sprach allzu lange nicht gegen dessen Existenz, sondern eher für die heimtückische Tarnung dieses phantasierten Netzwerks von kriminellen Zuwanderern.

Die dritte Ebene des Begriffs ‚Döner-Morde’ ist die damit zusammenhängende, aber noch viel tiefer reichende Ausgrenzung von Zuwanderern: Den deutschen Zeitungsleser konnte es wohlig gruseln, las er im Sonntagsblatt von der Mordserie, so wie die beiden Bürger, die Johann Wolfgang von Goethe in seinem ‚Faust’ über ihre liebste Wochenendbeschäftigung sprechen lässt: ‚Wenn hinten, weit, in der Türkei/ Die Völker aufeinander schlagen/ Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus/ Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten;/ Dann kehrt man abends froh nach Haus,/ Und segnet Fried’ und Friedenszeiten.’ Alles so schön weit weg. Das war ungemein beruhigend für die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Sollen sich die doch gegenseitig umbringen, sie gehören ja sowieso nicht zu uns, also ist uns das Morden eigentlich egal. Wir haben nichts damit zu tun: ‚Sie mögen sich die Köpfe spalten,/ Mag alles durcheinander gehn;/ Doch nur zu Hause bleib’s beim alten.’“[xiii]

Natürlich bedarf es nicht immer subtiler Sprache, seit Integrationsdebatte und Thilo Sarrazin darf rethorisch auch mal ein paar Jahrzehnte zurückgegriffen werden. Das nahm sich auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer, im März dieses Jahres zu Herzen, als er seinen Anhängern zurief: „Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren – bis zur letzten Patrone.“ Eine Aussage, die damals viele Deutsche offen oder stillschweigend befürworteten.
Darunter waren mit Sicherheit auch Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt.

i http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,797485,00.html
ii http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,798736,00.html
iii http://www.mdr.de/dabei-ab-zwei/bombenbauer100_zc-f8e08636_zs-2346b3c0.html
iv http://www.taz.de/!82045/
v http://reflexion.blogsport.de/2011/11/16/deutsche-abgruende/
vi http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13719446/Welche-Rolle-spielt-der-kleine-Adolf.html
vii http://www.welt.de/politik/deutschland/article13720899/Ein-Exzentriker-verteidigt-Spitzelpannen-seiner-Zeit.html
viii http://reflexion.blogsport.de/2011/11/16/deutsche-abgruende/
ix http://www.tagesschau.de/inland/rechtsterrorismus108.html
x ebd.
xi http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990/
xii Ebd.
xiii „http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,798209,00.html“ http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,798209,00.html

Dresden: Gedenken an Reichspogromnacht

Im Gedenken an die Opfer der Pogrome im November 1938 hielten die Undogmatische Radikale Antifa (URA) sowie Einzelpersonen des Libertären Netzwerks am 9.11.2011 eine 6-stündige Mahnwache in der Dresdner Innenstadt ab. Gut sichtbar wurde dazu am Doktor-Külz-Ring, im Herzen der Einkaufsmeile, ein etwa 3×4 m großes Transparent aufgespannt – darauf zu sehen die beschmierte Ladenfront eines von jüdischen BürgerInnen geführten Geschäfts. Zur akustischen Untermalung der Szenerie wurde das Geräusch von splitterndem Glas eingespielt, passend zu den vor dem Transparent verstreuten Scherben. Dazu wurden 700 Namen von insgesamt 4000 durch die Nationalsozialisten ermordeten Dresdner Jüdinnen und Juden verlesen. Außerdem wurde ein 4-seitiges Infoblatt an PassantInnen verteilt.

Das Ziel war, die Dresdner_innen so wenigstens für einen Moment aus ihrer Shoppinglaune zu reißen und daran zu erinnern, dass der 9. November nicht nur der Tag des Mauerfalls war. Etliche Interessierte blieben stehen, viele nutzten die Gelegenheit auch für ein ausführlicheres Gespräch oder kommentierten die Aktion zustimmend.

Eine am 9.11.1938 geborene, zunächst skeptische Passantin brach angesichts der Liste der Opfer in Tränen aus, ein anderer legte eine weiße Rose auf die Scherben vor dem Transparent.

Wie zu erwarten, waren nicht alle Reaktionen so positiv. Einige ließen es sich nicht nehmen, die anwesenden AntifaschistInnen mit dummdreisten Kommentaren wie „Alles Lüge!“ oder „Meine Kinder gehen für euch arbeiten!“ zu bedenken oder das Verlesen von Namen deutscher Opfer des 13. Februar zu fordern.

Bis zum Ende der Mahnwache gegen 16.30 Uhr wurden mehr als 1000 Flyer verteilt.

Positives als auch negatives Feedback verdeutlichten einmal mehr die Notwendigkeit, die Menschen immer wieder mit diesen Geschehnissen zu konfrontieren.

Jetzt Pfändungsschutzkonten einrichten

Zum Jahreswechsel stehen wichtige Änderungen zum Kontenpfändungsschutz an, die insbesondere Hartz-IV- sowie Bezieher des Kinderzuschlags beachten sollten. Der bisherige 14-tägige gesetzliche Pfändungsschutz von Sozialleistungen fällt zum 1. Januar 2012 weg.

Die Bundesagentur für Arbeit rät daher von Kontenpfändung Betroffenen, bestehende Konten schnellstmöglich in ein so genanntes Pfändungsschutzkonto umzuwandeln. Durch eine Umwandlung wird automatisch ein Grundfreibetrag in Höhe von 1.028,89 Euro geschützt. Der persönliche Freibetrag kann unter Umständen aber auch höher ausfallen. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn auf ein Konto für mehrere Personen Leistungen aus der Grundsicherung überwiesen werden oder wenn auf dem Konto andere Transferleistungen (beispielsweise Kindergeld oder Kinderzuschlag) eingehen.

Die Umwandlung in ein Pfändungsschutzkonto erfolgt auf Antrag durch die kontoführende Bank. Die Banken müssen seid dem 1.7.2010 auf Wunsch das Konto umwandeln, da Bankkunden darauf einen Rechtsanspruch haben (§ 850k VII Zivilprozessordnung – ZPO). Alternativ können Sie auch einen Brief an die Bank aufsetzen und eine Umwandlung in ein pfändungssicheres Konto verlangen. Im Anschluss sollten Sie sich die Umwandlung durch die Bank schriftlich bestätigen lassen. Es ist davon auszugehen, dass demnächst Banken auch entsprechende Anträge bereithalten werden. Die Umstellung des Kontos sollte nicht länger als vier Arbeitstage dauern und kann rückwirkend auf den laufenden Kalendermonat beantragt werden. Gesetzlich verankert ist, dass der Pfändungsschutz automatisch besteht und nicht erst vor Gericht erkämpft werden muss.

Geht der Pfändungsschutz über den persönlichen Freibetrag hinaus, ist ein Nachweis erforderlich. Dieser Nachweis kann über eine Bescheinigung erfolgen. Soweit es sich um Leistungen aus der Grundsicherung handelt, kann diese Bescheinigung beim zuständigen Jobcenter eingeholt werden. Werden Sozialleistungen nur einmalig erbracht, genügt zum Nachweis in der Regel der Bewilligungsbescheid. Für Bezieher von Kindergeld und Kinderzuschlag ist in der Regel der Bescheid der Familienkasse als Nachweis ausreichend.

Wird das Konto nicht rechtzeitig in ein Pfändungsschutzkonto umgewandelt, besteht für Leistungsbezieher die Gefahr, dass zum Jahresanfang nicht über eingegangene Geldleistungen, wie zum Beispiel das Arbeitslosengeld II, verfügt werden kann.

|| Quelle: gegen-hartz.de